

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 ■ Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 97

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020 Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862 Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

I N H A L T Seite

Gerrit Liebing Schlaber

Medizinalpolitik zwischen den Fronten.

Nationale Blockaden und versäumte

Reformen 1850-1864 57

Thede Boysen

Kontinuität oder Wandel?

Von der Grenzlandpolitik zur Minderheitenpolitik 73

Stephan Richter

Sorge um deutsch-dänische Vielfalt im Grenzland.

Ein Interview mit Vertretern der deutschen

Grenzverbände 81

Umschau ab Seite 89

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14 ■ 25813 Husum

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 • 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharthl, Friedrichstal 55 ■ 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Haderslev

Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22 • 24941 Flensburg

Telefon 04 61 / 9 33 04 ■ Telefax 04 61 / 9 43 55 ■ E-mail: mittelstaedt@cicero-mc.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 24941 Flensburg

Medizinalpolitik zwischen den Fronten

Nationale Blockaden und versäumte Reformen 1850-1864

von GERRET LIEBING SCHLABER

Einleitung

Es gibt wohl nicht viele Themen unserer regionalen Geschichte, über die so viel geschrieben worden ist wie über die nationalen Auseinandersetzungen im alten Herzogtum Schleswig. Früher war der eigene nationale Standpunkt für den Blickwinkel des Geschriebenen ausschlaggebend, und erst seit recht kurzer Zeit legt man regelmäßig eine differenziertere Sichtweise an den Tag. Inzwischen gibt es zahlreiche Werke, die in grenzüberschreitender Kooperation entstanden sind. Doch es besteht auch weiterhin selbst auf diesem gut bestellten Feld Forschungsbedarf. So hat man gerade die 1850er Jahre lange Zeit vernachlässigt.¹ Vor allem aber ist bislang wenig über die Auswirkungen der nationalen Konflikte auf ganz alltägliche Bereiche im Schleswiger Land geforscht worden.² Dies gilt nicht zuletzt für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte und im besonderen für die Geschichte der Medizin. Wie in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens war auch das Medizinalwesen im 19. Jahrhundert mehr Herausforderungen als je zuvor ausgesetzt. Zum einen stellten Seuchen wie die Cholera die Mediziner vor schwierige Aufgaben, zum anderen eröffnete der Fortschritt in Wissenschaft und Technik diesem Fachbereich neue Möglichkeiten, die schließlich dem Allgemeinwohl zugute kommen sollten.

Wie stand es nun aber um die Einbringung des medizinischen Fortschritts in einer Region, die gerade einen Krieg durchgemacht hatte, welcher keines der ihn auslösenden Probleme gelöst hatte? Zwar war der Konglomeratsstaat unter der dänischen Krone 1851/52 noch einmal wiederhergestellt worden, doch der nicht ausgestandene nationale Konflikt zwischen Dänisch und Deutsch blieb das beherrschende Thema. Im Folgenden soll an einigen Beispielen gezeigt werden, wie sich der Gegensatz zwischen deutsch- und dänischgesinnten Mediziner im Schleswig der Zwischenkriegszeit 1851-1864 auswirkte.

Der ungelöste Konflikt nach dem Krieg 1848-50

Der Krieg, in den die nationalen Konflikte im Herzogtum Schleswig 1848 gemündet waren und der sich mit Unterbrechungen über fast drei Jahre hinzog, hatte formal mit der Wiederherstellung der alten Gesamtstaatsordnung geendet.

Keines der drängenden politischen Probleme war auch nur ansatzweise gelöst worden. Eine wirkliche Befriedung der nationalen Gegensätze fand nicht statt. Neu war allerdings die Struktur der oberen Verwaltung, bedingt durch den Systemwechsel im Königreich.³ Die Kollegien alter Struktur wie die Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei in Kopenhagen und die Schleswig-Holsteinische Regierung auf Gottorf, bis dahin die obersten Exekutivorgane der Herzogtümer, wurden ebenso aufgelöst wie die höchsten Organe des Königreiches. An ihre Stelle trat nun in Kopenhagen eine Zentralregierung mit Fachministern, darunter ein Minister für Schleswig und ein Minister für Holstein und Lauenburg. Diese beiden Ministerien hatten eine gewisse Sonderstellung, doch waren sie enger mit der Regierung des Königreiches verbunden, als es bei den früheren Organen der Herzogtümer der Fall gewesen war. Das Ministerium für Schleswig hatte als Zentralbehörde den entscheidenden Einfluss auf die Politik im Herzogtum. Dies sollte sich auch im Medizinalbereich sehr schnell geltend machen.

Das Medizinalwesen war Teil der Polizeiverwaltung, so dass die Amtsärzte als Aufsichtspersonen über das gesamte Medizinalwesen einerseits den Amtsmännern unterstanden, andererseits aber auch der zentralen Medizinalbehörde. Von 1804 bis 1850 hatten die Herzogtümer Schleswig und Holstein ihr gemeinsames Sanitätskollegium, das von der entsprechenden Behörde im Königreich unabhängig war. Dieses unterstand der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Kanzlei und war personell und organisatorisch eng mit der Medizinischen Fakultät der Kieler Universität verknüpft. Es war zuständig für die Prüfung und Anstellung des Medizinpersonals und beriet die Behörden in Fragen des Medizinalwesens. Nach dem Dreijahreskrieg ging das neu errichtete Ministerium für das Herzogtum Schleswig daran, die oberste Medizinalverwaltung umzustrukturieren. Zwar wurde ein neues Medizinalkollegium, bestehend aus Fachärzten wie dem Chefarzt der psychiatrischen Anstalten in Schleswig Julius Rüppell, Amtsärzten und Apothekern für ganz Schleswig gebildet, doch wurde dessen Einfluss auf beratende Funktionen und Kontrollaufgaben beschränkt. Die erhaltenen Protokolle sprechen im Übrigen nicht für eine übermäßige Aktivität des Gremiums, und manche Eintragungen lassen vermuten, dass auch hier der nationale Gegensatz einer effektiven Zusammenarbeit im Wege stand.⁴

Die entscheidende Funktion im Medizinalwesen wurde 1852 einem Medizinalinspektor angetragen, der nicht nur in Sach-, sondern auch in Personalfragen das entscheidende Wort hatte und direkt der inneren Abteilung des Ministeriums unterstand. Zum einen war man mit der Effektivität des alten Kollegiums unzufrieden, zum anderen dürfte die unliebsame Rolle der Kieler Universität als geistiges Zentrum der deutsch-nationalen Schleswig-Holsteiner für diese Reform

ausschlaggebend gewesen sein. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass mit Peter Anton Schleisner aus Lyngby ein Seeländer und Absolvent der Kopenhagener Universität für diese Funktion ausgewählt wurde. Dieser hatte das entscheidende Wort bei der Anstellung von Amtsärzten, die ihm über ihre Tätigkeit und die Zustände in ihren Distrikten zu berichten hatten.

Große medizinische und hygienische Herausforderungen

In den 1850er Jahren standen viele entscheidende Entdeckungen in der Medizin noch bevor. Die Erreger der vielen tödlichen Krankheiten wurden erst in den 1880er Jahren entdeckt, und selbst die Erkenntnisse des Ignaz Semmelweis, dass zur Verhinderung ansteckender Krankheiten wie des gefürchteten Kindbettfiebers antiseptische Maßnahmen notwendig sind, hatten sich noch längst nicht bei allen Medizinern durchsetzen können. Nichtsdestoweniger gab es in der Medizinwissenschaft wie auch im sozialmedizinischen Bereich erhebliche Modernisierungsschritte, die es umzusetzen galt.

Im Schleswiger Land war es wie in weiten Teilen der Welt um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht sehr weit her mit einer flächendeckenden medizinischen Versorgung und einer angemessenen Hygiene. Erst langsam wurde man sich dessen bewusst, dass man durch rechtzeitige Vorbeugung die Ausbreitung oft tödlicher Krankheiten, deren Erreger man noch nicht kannte, eindämmen konnte.

Gerade die Schaffung eines Gesundheitsbewusstseins in weiten Teilen der Bevölkerung musste ein Hauptanliegen der Medizinalpolitik dieser Zeit sein. Schleisner schien der richtige Mann für diese Aufgabe zu sein. Als junger Arzt war er auf Island tätig gewesen und hatte dort große Erfolge im Kampf gegen tödliche ansteckende Krankheiten erzielt.⁵ Zu seinen wichtigsten Forschungsgebieten gehörte die Cholera, mit der er sich auch nach dem Zusammenbruch des Gesamtstaates und der Rückkehr nach Kopenhagen intensiv und erfolgreich befasste.⁶ Auch im Herzogtum widmete er sich dem Kampf gegen die Infektionskrankheiten und ordnete an, dass alle Physikate benachrichtigt werden mussten, wenn irgendwo eine ansteckende Krankheit ausbrach. Deshalb sollten die Physici immer sofort an ihn berichten, damit die Nachricht schnell verbreitet werden und man im ganzen Land vorbereitend reagieren konnte.⁷

Immerhin gelang 1852 eine wesentliche Reform: Fortan wurde das ganze Land flächendeckend von Amtsärzten beaufsichtigt, die klare Aufgabenbereiche hatten und dem Medizinal-Inspektor und damit den Zentralbehörden zügig über medizinische Probleme wie das Auftreten von Seuchen berichten konnten. Die Zahl der Physikate wurde auf 17 erhöht, so dass auch die bisher ausgeklammerten Gutsdistrikte erfasst und die beiden größten Ämter des Landes - Hadersleben und Tondern - in zwei Distrikte geteilt wurden.

Zwar wurde der Cholera-Erreger wie andere gefährliche Bakterien erst in den 1880er Jahren entdeckt, doch kannte man die Umstände, die zu der schnellen Ausbreitung der tödlichen Krankheit führten. Sauberkeit des Trinkwassers und des Wohnumfeldes musste zu einer Maxime werden. Doch es erwies sich als schwer, dies in den Köpfen zu verankern. Ein Beispiel ist der Gottorfer Mühlen-
teich, der vielen Einwohnern des Schleswiger Friedrichsbergs als Trinkwasser-
reservoir diente. Nach Beschwerden über dessen Verunreinigung veranlasste
Schleisner 1854 eine Untersuchung durch Physikus August Klinck. Dessen
Vorschläge gingen Schleisner nicht weit genug. Er verlangte nicht nur eine
gründliche Reinigung, sondern auch die Verlegung von Schadstoffquellen wie in
den Teich abfließende Kloaken.⁸ Auch bei der Behandlung von Pockenkranken
reagierte Klinck in den Augen seines Vorgesetzten zu langsam.⁹ Wohl nicht
zuletzt auf Druck Schleisners ließ Klinck sich 1855 pensionieren. Doch dieser
Konflikt zwischen dem recht jungen Medizinal-Inspektor und einem seiner ältes-
ten Amtsärzte muss im Folgenden noch in einem anderen Zusammenhang
betrachtet werden.

Der nationale Konflikt und die Ärzte

Mit dem Ausbruch des Krieges 1848 hatte die nationale Polarisierung ein Aus-
maß erreicht, das alle gesellschaftlichen Gruppen erfasste. Die Ärzte bildeten
keine Ausnahme. Einige hatten sich bereits im Vorfeld für die schleswig-
holsteinische Sache engagiert. Drei Amtsärzte ließen sich 1848 sogar in die
schleswig-holsteinische Landesversammlung wählen.¹⁰ Auch durch den Krieg
mit seinen zu versorgenden Opfern kamen viele Mediziner in Verbindung mit
den schleswig-holsteinischen Kämpfern und Politikern. Dies sollte ihnen nach
Kriegsende Schwierigkeiten bereiten.

Es erscheint konsequent, dass ein Staat die Beamten absetzt, die sich an einem
Umwälzungsversuch gegen ihn beteiligt haben. Von den Amtsärzten betraf dies
jedoch zunächst nur den Apenrader Physikus Petrus Heinrich von Maack.¹¹
Andere, denen man Sympathien und Unterstützung für die schleswig-
holsteinischen Aufständischen nachweisen konnte, verloren erst 1853/54 ihre
Posten, meist nach neuen Konflikten mit dem Medizinal-Inspektor. Viele Physi-
kate, die nach erzwungenem oder freiwilligem Weggang des bisherigen Amtsin-
habers oder als Neugründung vakant waren, wurden mit Kopenhagener Absol-
venten besetzt, darunter einige gebürtige Reichsdänen.¹² Tatsächlich beteiligten
sich einige von ihnen aktiv für die dänische Sache. Dies gilt namentlich für
Edvard Dircks (Tönning) und Johann Friedrich Duseberg (Flensburg Land),

beides in Kopenhagen ausgebildete Schleswiger, den Bornholmer Poul Anton Madvig (Hadersleben) und vor allem den auch sozialpolitisch engagierten, zeitweise in Friedrichstadt aufgewachsenen Kopenhagener Frederik Ferdinand Ulrich (Tondern), der 1856 zu den Mitgründern der dänisch orientierten Zeitung *Vestslesvigske Tidende* gehörte. Das Beispiel Dircks zeigt, wie sehr der nationale Konflikt bis auf die Ebene der einzelnen Familien hindurchzog. Vater Peter verlor 1853 seinen Posten als Physikus in Tondern, während Sohn Edvard gleichzeitig Amtsarzt in Tönning wurde und seinerseits 1864 abgehen musste und keine öffentliche Anstellung mehr fand.¹³

Besonderen Unmut weckte auf deutscher Seite der von Schleisner forcierte Abgang des genannten Schleswiger Physikus Klinck 1855, zumal dieser trotz seines fortgeschrittenen Alters - Schleisners Hauptargument - noch keineswegs am Ende seiner Kräfte war und fortan als Leiter einer Privatanstalt wirkte.¹⁴ Sein Nachfolger wurde der dänische Militärarzt Carl Hauschultz. Dies musste ein Reibungspunkt werden, denn sowohl die deutsch gesinnten Ärzte im Lande - darunter Anstalts-Chefarzt Julius Rüppell - als auch die deutsche Öffentlichkeit nahmen jeden echten oder vermeintlichen Danisierungsversuch genau zur Kenntnis. 1864 zog Rüppell gemeinsam mit dem unten eingehender besprochenen Kollegen Johannes Bockendahl in einem Bericht über Schleisner Bilanz, dass acht der 17 schleswigschen Physikate mit gebürtigen Dänen besetzt waren, zwei weitere mit in Kopenhagen examinieren Schleswigern und nur noch sechs mit Kieler Kandidaten (Husum war nach H. N. Hansens Tod vakant).¹⁵ Die in Kiel examinieren Holsteiner Martin Reimers (Gramm), Heinrich Schacht (Süderstapel) und Friedrich August von Wasmer (Eckernförde) waren aber ebenfalls erst unter Schleisner angestellt worden.

Die meisten der schleswig-holsteinisch gesinnten Amts- und Privatärzte blieben jedoch am Ort und führten ihre Privatpraxis weiter. Auch der deutsch gesinnte Anstalts-Chefarzt Rüppell blieb im Amt, und neue Ärzte deutscher Herkunft und Gesinnung ließen sich nieder, darunter - ebenfalls in Schleswig - der Altonaer Johannes Bockendahl, der ab 1864 eine zentrale Rolle in der schleswig-holsteinischen Medizinal- und Sozialpolitik spielen sollte.¹⁶ Man muss an dieser Stelle bedenken, dass nach der Absetzung vieler schleswig-holsteinisch gesinnter Beamter und Juristen diese Ärzte die stärksten Vertreter der schleswig-holsteinischen Intelligenz im Lande waren.

Fachliche Differenzen verstärken den Konflikt

Doch nicht nur die Frage der nationalen Gesinnung entzweite die Ärzteschaft. Für die Durchführung von Reformen und die Qualität der medizinischen Behandlung waren die fachlichen Differenzen wohl noch wichtiger. Das bereits

zitierte Beispiel aus Schleswig zeigt, dass einige jüngere Ärzte (darunter Inspektor Schleisner, aber auch Bockendahl) andere Vorstellungen von Hygiene hatten als ältere eingeseessene Kollegen.

Ein Konflikt betraf die unterschiedlichen Prüfungsanforderungen und Titel der Universitäten in Kiel und Kopenhagen. 1855 hatten Oberpräsident¹⁷ Hargen und die Hospitalskommission den in Kiel ausgebildeten Arzt Carl Göttig zum neuen Chefarzt des Flensburger Hospitals gewählt. Physikus Carsten Jespersen hingegen lehnte ihn ab, weil er seiner Auffassung nach zu wenig Erfahrung in praktischer Chirurgie gemacht hätte, und zwar durch praktische Arbeit in Kliniken, „welche leider den meisten der aus der Kieler Universität hervorgegangenen Ärzte entgeht.“ Darin stimmte ihm Schleisner zu.¹⁸ Rüppell und Bockendahl warfen diesem dafür im oben zitierten Bericht 1864 vor, dass er so „das wissenschaftliche Todesurtheil“ über die meisten einheimischen Ärzte gesprochen habe.

Die Stellung des Medizinal-Inspektors war gleichwohl schwierig. Dass er vor allem von deutsch gesinnten Ärzten, aber wohl auch von schleswig-holsteinisch gesinnten Gemeindevertretern nicht unbedingt angesehen war, belegt auch ein Rundschreiben des Ministeriums vom 11.8.1855, in dem auf die Verordnung vom 19.12.1856 § 6 verwiesen wird, wonach der Medizinalinspektor die Aufsicht über das gesamte Medizinalwesen hatte. Das Ministerium rügte, dass diese Funktion Schleisners vielerorts „auf eine weniger wichtige Weise aufgefasst“ würde.¹⁹ Tatsächlich war die Frage nach der praktischen klinischen Erfahrung eines medizinischen Kandidaten ein entscheidender Faktor. Schleisner legte Wert darauf, nur Mediziner mit ausreichend Erfahrung in leitende Funktion zu bringen, und dies kam den Kopenhagener Bewerbern entgegen. Inwieweit dies mit bewusster Nationalpolitik verbunden war, lässt sich schwer sagen - fest steht nur, dass die deutschen Vertreter dies so auffassen mussten. Das Physikats-Examensprotokoll vom 12.10.1853 zeigt aber auch, dass das Interesse von Kieler Absolventen, eine Anstellung im Herzogtum Schleswig zu bekommen, nach 1850 ohnehin abgenommen hatte, denn von den 22 Kandidaten kamen nur sechs von der Landesuniversität der Herzogtümer.²⁰

Umgekehrt hielten die deutschen Mediziner es für falsch, dass auch Chirurgen in leitende medizinische Ämter gewählt werden konnten. Chirurgie wurde erst im 19. Jahrhundert nach und nach eine richtige medizinische Disziplin. Bis dahin hatte sie eher als Handwerk gegolten. Auf dänischer Seite nahm man die Bedeutung der Chirurgie deutlich wichtiger. In den 1850er Jahren gelangten dann auch erstmals zwei Chirurgen in amtsärztliche Positionen, und zwar der Flensburger Landphysikus Duseberg und der Süderstapeler Physikus Schacht. Natürlich wurde auch dies von deutscher Seite kritisiert, und man fasste deren Anstel-

lung in erster Linie als Mangel an geeigneten Kandidaten aus dem Königreich auf.

Dies waren keine guten Voraussetzungen für Fortschritte in der Medizin. Dabei fanden sich auf beiden Seiten hervorragende Ärzte, die großes Interesse an medizinisch-politischen Verbesserungen hatten. Neben Schleisner ist auf dänischer Seite vor allem der 1854 als Physikus in Tondern eingesetzte Ulrich zu nennen, der sich von Beginn an stark für eine Verbesserung der armenärztlichen Versorgung und der hygienischen Verhältnisse einsetzte und sich besonders als Gründer des Krankenhauses verdient machte. Doch auch andere der dänischen Amtsärzte, namentlich Heinrich Matthiesen (Sonderburg) und Hans Nicolai Hansen (Husum), engagierten sich sehr für Reformen im Bereich der Sozialmedizin, was auch ein Anliegen des Medizinal-Inspektors war. Namentlich Hansen deckte in einem Bericht an seinen Vorgesetzten 1855 zahlreiche Missstände auf und übte ungewöhnlich scharfe Kritik an unzureichender Hygiene, sozialpolitischen Versäumnissen in der Lokalverwaltung und Schwächen bei der ärztlichen Versorgung, vor allem den Armen gegenüber.²¹ Doch zu einer eingehenden Reform im Armenarztwesen kam es nicht.

Doch auch unter den deutsch gesinnten Ärzten blieben zahlreiche fähige Persönlichkeiten vor Ort, darunter Rüppell, seit 1832 an der psychiatrischen Anstalt und nach Willers Jessens Abgang 1845 provisorisch und 1849 durch Erlass der Gemeinsamen Regierung offiziell leitender Anstaltsarzt und Mitglied der Direktion.²² Ihm gelang es, die Einrichtung noch vor dem Krieg erheblich zu erweitern, doch in den 1850er Jahren stockte der Ausbau.²³ Für seine Mitarbeiter stiftete er eine Pensionskasse, ferner unterstützte er C. F. Hansens Anstalt für die Pflege geistig behinderter Kinder, die bald von Schleswig nach Sonderburg zog. Ab 1865 sorgte er wiederum für einen umfassenden Ausbau der Landesanstalt.²⁴ Andere bekannte Ärzte behielten ihre Privatpraxis, so etwa Peter Dircks in Tondern, Friedrich Krüger in Sonderburg - beide 1853 als Amtsärzte verabschiedet - oder Ernst Hansen, kurzzeitig Physikus in Hadersleben. Neben ihrer privatärztlichen Tätigkeit widmeten sie sich auch der armenärztlichen Fürsorge. Besonders hervorragend war aber der junge Arzt Johannes Bockendahl aus Altona, der sich Ende der 1850er Jahre in Schleswig niederließ und ab 1870 ein reichsweit bekannter Hygieniker werden sollte. Die genannten Beispiele zeigen, dass es im Schleswiger Land der Zwischenkriegsjahre einige Ärzte gab, deren fachliche Qualifikation wie auch ihr sozialpolitisches Verantwortungsbewusstsein weit über dem Durchschnitt der meisten Kollegen lag.

Gegensätze auf lokaler Ebene

Doch der Konflikt war nicht nur eine Angelegenheit auf der höheren und mittleren Verwaltungsebene und bei großen Einrichtungen. Teilweise ging der fachlich-nationale Gegensatz bis hinunter auf die kommunale Ebene. So wollte die Armenverwaltung des Kirchspiels Böel in Angeln den in Ahneby bei Sterup ansässigen Arzt E. E. Boysen als Armenarzt anstellen. Doch dem standen Physikat und Medizinal-Inspektor skeptisch gegenüber. Zunächst musste Boysen sich gegenüber dem Flensburger Landphysikus für seine Tätigkeit im Krieg rechtfertigen und seine Loyalität versichern.²⁶ Schleisner empfahl dem Gottorfer Amtshaus die Ablehnung Boysens, führte dabei jedoch nur fachliche Gründe ins Felde, namentlich das schwache Examen des Arztes. Dass dies keine Tarnung nationalpolitischer Absichten war, zeigt eine erneute Ablehnung des Böeler Gesuchs durch Schleisners zeitweiligen Nachfolger Ernst Hansen 1866.²⁶ 1859 fasste man die Entscheidung jedoch als nationalpolitischen Affront auf.

Mitunter nahmen die nationalen Gegensätze groteske Züge an. Gegen den Sylter Landschaftsarzt Simon Levin setzten einige lokale Nationalisten eine Verleumdungskampagne in Gang, die man schon als Gräuelpopaganda bezeichnen muss. In einem Bericht von 1860 heißt es über die angebliche grobe Fahrlässigkeit und Inkompetenz des von Lolland stammenden Arztes:²⁷

„Von allen Fällen wollten wir nur hier zwei hervorheben und wieder in Erinnerung bringen, nämlich sein letzter bekannter Act der Art bei der jungen Frau des Volkert Christiansen in Morsum und der vorangegangene Fall bei der Frau des Capt. Schwennen in Keitum. Bei dieser letzteren habe nach Erklärung der Hebamme (was sie auch durch die Tat beweise) eine einfache Geburt Vorgelegen, während der Dr. Levin zum Schrecken der Beteiligten erklärte, es sei hier keine andere Hülfe als daß das Kind der Mutter aus dem Leibe geschnitten werde. Glücklicherweise benutzte die Hebamme geschickt die Zeit, während der gedachte Dr. Levin sich abseits in einem Lehnstuhl ausruhte oder vielleicht eingeschlafen war, und entband die Frau auf die gewöhnlichste Weise und Mutter und Kind blieben gesund [...]. Es sei bekannt, daß die Furcht vor dem Dr. Levin bei Geburtshülfe eine solche Höhe hier erreicht habe [...], daß Frauen ihren Männern erklärt hatten, lieber sterben als sich der Behandlung des Dr. Levin aussetzen zu wollen.“

Dass es bis dahin aber nie Beschwerden über Levin bei den zuständigen Behörden gegeben hatte, war für die Initiatoren „der schlagendste Beweis für die Ruhe und Friedenliebe der hiesigen Bevölkerung“. Bemerkenswert war noch folgender Zusatz:

„Die Beschuldigung gewisser Leute, die alles auf ihre beliebte Weise deuten, es sei der gedachte Act [einen zweiten Arzt zu engagieren] eine politische De-

monstration gewesen, weist die ganze Bevölkerung mit der verdienten Verachtung zurück. Keiner der Beteiligten wird bei seiner Beteiligung an Politik gedacht haben, so wenig als die Eingesessenen für solche Dummheiten ihr Geld wegwerfen.“

Dies war allerdings sehr wohl der Fall, denn dieser Affäre ging ein politischer Kompetenzstreit voraus. Die Sylter Landschaftsversammlung beanspruchte gemäß einer Resolution von 1792, den Landschaftsarzt selbst wählen zu dürfen, wogegen Medizinal-Inspektor, Amtmann und Landvogt sich auf eine landesweite Verordnung von 1828 beriefen. Schleisner setzte seinen Kandidaten Levin durch. Der Vorwurf gegen Levin diente vor allem als Argument dafür, dass die Bewohner der Insel allein den Arzt ihres Vertrauens wählen wollten - und dass man den Einfluss der dänisch dominierten Behörden kurz halten wollte. Zwar versuchten die Sylter Initiatoren bald eher kleinlaut, den Vorwurf gegen Levin mit dem Hinweis auf sprachliche Missverständnisse zu relativieren.²⁸ Doch die Kampagne hatte insofern Erfolg, als Levin die Insel bald darauf verließ und Amtsarzt in Viborg wurde - was nicht gerade gegen seine Kompetenzen spricht.

Das Scheitern der Reformansätze

Unter solchen Bedingungen mussten die meisten Reformansätze scheitern. So verfolgte Schleisner 1855 offenbar das Ziel, die armenärztliche Versorgung zu verbessern. Dazu gingen auch einige Vorschläge der ihm unterstellten Amtsärzte ein.²⁹ Allerdings verlief dieser Ansatz im Sande, denn das Armenwesen war eine Domäne der kommunalen Entscheidungsträger³⁰, die sich ihre Vorrechte nicht freiwillig beschneiden ließen-zumal es um ihr Geld ging.³¹ Die Zentralverwaltung traute sich nicht, mit durchgreifenden Gesetzesnovellen vor allem die deutsch gesinnten lokalen Entscheidungsträger noch mehr gegen sich aufzubringen.³² So erhielt das Herzogtum nach wie vor keine einheitliche Ordnung für das Medizinal-, Apotheken- und Hebammenwesen, die vonnöten gewesen wäre. In Holstein war dies hingegen 1854 gelungen.

Die Kriege taten ein Übriges. So musste das Flensburger Hospital 1848 ins Schützenhaus der Nikolaigilde umziehen und der Hospitalschefarzt mehrere Wochen lang ohne Assistenzarzt auskommen.³³ 1864 traf es vor allem die Sonderburger Kinderpsychiatrie, die zum Leidwesen ihrer Schützlinge zwischen die Fronten geriet und ihr Haus verlassen musste. Erst Monate später fand sie eine neue Bleibe, und zwar an ihrem Gründungsort Schleswig.

Auch der Ausbau des Krankenhauswesens machte nur bescheidene Fortschritte, und das hat nicht wenig mit dem gegenseitigen nationalen Misstrauen zu tun. So scheiterte der Eidersteder Physikus Dircks mit dem Vorschlag, in Tönning

ein Krankenhaus einzurichten. Nach anfänglichem Interesse seitens der Stadtverordneten bekam er plötzlich und ziemlich beiläufig eine Absage, und auf seine Nachfrage hin teilte man ihm barsch mit, dass es außerhalb seiner Kompetenz liege, Berichte vom Magistrat zu verlangen.³⁴ Dircks musste sein Vorhaben aufgeben. Erfolgreicher war Ulrich in Tondern, das unter seiner Führung erstmals ein für die Zeit modernes allgemeines Krankenhaus erhielt. Doch war Ulrich lange auf Misstrauen gestoßen, und auch nach dem erfolgreichen Start seiner Einrichtung hatte der engagierte Arzt viele Feinde.³⁵ Seine Kandidatur für die schleswigsche Ständeversammlung war sogar der Auslöser des Konflikts, der diesem ersten neuzeitlichen Parlament im Herzogtum 1863 ein unrühmliches Ende bereitete.³⁶ Als 1864 die preußischen und österreichischen Truppen nahten, sah er sich zur Flucht genötigt und verließ nach einer kurzzeitigen Rückkehr wenige Monate später endgültig das Land. Welche sozialmedizinische Reformkraft der Region mit ihm verloren ging, zeigte sich schon bald an seinem neuen Dienstort in Kopenhagen. Als Amtsarzt im damals besonders dicht bewohnten Stadtteil Christianshavn engagierte er sich für die Verbesserung der hygienischen Zustände. Sein durchschlagendster Erfolg war jedoch die Gründung des Arbeiter-Bauvereins, der schnell zu einer wichtigen Institution wurde und vielen finanziell schwächer gestellten Bewohnern der rapide wachsenden Großstadt ein menschenwürdiges Zuhause sicherte. Übrigens wurde Ulrichs Werk später auch im Schleswiger Land gewürdigt, als der Flensburger Sozialpolitiker Peter Christian Hansen es zum Vorbild für den 1879 gegründeten Flensburger Arbeiter-Bauverein nahm.

Mit Ulrich, der sich ab 1864 Ulrik schrieb, und Schleisner verschwanden viele dänische Ärzte. Einige Ärzte aus dem Königreich blieben jedoch und engagierten sich stark nationalpolitisch, vor allem der 1864 als Physikus abgesetzte Madvig in Fladersleben.³⁷ Rüppell und Bockendahl stellten in dem oben zitierten Bericht Schleisners nationalpolitische Ambitionen als Hauptursache für versäumte Reformen dar, und dieser konterte mit einer Schrift über das preußisch-österreichische Gebaren im Lande.³⁸

Wie sehr nationalpolitische Ruhe tatsächlich Reformen voranbringen konnte, zeigte sich in der Nordwestecke des Herzogtums. In Gramm gelang es dem neu geschaffenen Hadersiebener Amtsrat³⁹ - nur in diesem Amt wurde ein solches Regionalparlament eingerichtet - gemeinsam mit Physikus Reimers im Jahre 1860, das erste Landkrankenhaus in Schleswig einzurichten. In anderen Landesteilen standen solchen Erfolgen gegenseitiges Misstrauen, Eigeninteressen und politische Zögerlichkeit entgegen.

Die neuen Zeiten und die alten Konflikte

Der preußisch-österreichische Einmarsch 1864 und die Annexion des Herzogtums Schleswig durch die norddeutsche Großmacht 1867 führten zur Umkehrung der nationalpolitischen Verhältnisse im Lande. Das bekamen die dänischen Beamten sehr schnell zu spüren - auch die Mediziner. So wurden die meisten Amtsärzte abgesetzt oder baten selbst um ihre Ablösung. Der Apenrader Physikus Christian Theodor Dahl wurde suspendiert, weil er den neuen Diensteid nicht leisten wollte, denn „solange es noch der Bevölkerung Nord-Schleswigs erlaubt ist zu hoffen, durch eigene freie Willensäußerung wieder mit Dänemark vereinigt zu werden, kann ich nicht versprechen treu zu sein in der Bedeutung und Tragweite des Wortes, wie ich als Beamter solches auffasse“.⁴⁰ Dahl blieb bei seiner Haltung, auch nachdem ihn der preußische Minister für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten von Mühler nochmals zur Eidesleistung aufgefordert hatte.

In die Mühlen der nationalen Gegensätze geriet auch der Augustenburger Arzt Johannes Tadey, den die preußische Verwaltung als Interimsphysikus in Sonderburg eingesetzt hatte, nachdem Vorgänger Matthiesen zurückgetreten war. Die neue Bezirksregierung in Schleswig, deren Wunschkandidat er war, stellte resigniert fest: „Der cand. Tadey hat die von ihm erstrebte vermittelnde Stellung nicht erringen können; er ist wegen seiner Vergangenheit [als dänischer Militärarzt im Krieg 1864] von den Deutschen Kreisen ausgeschlossen und dadurch trotz seiner Deutschen Gesinnung immer mehr nach der Seite der Dänischen Parthei hingedrängt worden Die „Animosität der Alsenner Ärzte gegen ihn“ tat ein Übriges. Deshalb wurde der eigentlich nicht für dieses Amt qualifizierte Johannes Schmiegelow zum Physikus bestimmt.“⁴¹

Reformbestrebungen im Medizinalbereich wurden jedoch dadurch erleichtert, dass das stark zentralistische Preußen auf diesem Gebiet vergleichsweise fortschrittlich war. Durch die straffe Verwaltung wurden die Gemeinden, die in der Zeit des Gesamtstaats gerade im sozialpolitischen Bereich die entscheidenden Akteure (und als solche finanziell meist auf sich allein gestellt) waren, mehr und mehr zum verlängerten Arm der Zentralverwaltung. Somit wurde es leichter möglich, zentrale Vorgaben bezüglich des Medizinalwesens durchzusetzen. Hierzu trug Johannes Bockendahl seit 1869 als oberster Medizinalbeamter der Provinz nicht unwesentlich bei. Er verlangte detaillierte Berichte von den Amtsärzten und anderen Behörden, um mit Hilfe möglichst genauer Daten Konsequenzen für die Verbesserung des Medizinalwesens und der hygienischen Zustände zu ziehen. Trotz mancher lokaler Rückschläge konnte Bockendahl mit Hilfe tatkräftiger Amtsärzte wesentliche Verbesserungen durchsetzen, wofür er

reichsweite Anerkennung erwarb. In der Konfliktzeit bis 1867 waren solche Erfolge kaum möglich gewesen.

Zusammenfassung: Der nationale Kampf verhindert den Fortschritt

Kaum ein Zeitraum war im Schleswiger Land so sehr von gegensätzlichen nationalen Emotionen geprägt wie die Jahre zwischen den Kriegen 1850 und 1864, und das machte sich selbst in Bereichen wie dem Medizinalwesen bemerkbar. Die Folge davon war jedoch nicht etwa ein fachlicher Wettbewerb, der unter Umständen durchaus fruchtbare Entwicklungen hätte bringen können. Stattdessen führte der Konflikt dazu, dass die führenden Ärzte - darunter der oberste Mediziner des Landes, Peter Anton Schleisner - sich mehr mit der nationalen Frage beschäftigten, als im fachlichen Bereich Akzente zu setzen. Unkollegialität zwischen Ärzten und nationale Emotionen in der Bevölkerung taten ein Übriges. Reformen waren notwendig, und die früheren und späteren Leistungen der Ärzte zeigen deutlich, dass das Potential dazu vorhanden war. Doch kamen Reformen im Bereich der Medizin und Hygiene bestenfalls in Einzelfällen in Gang.

Dabei kann Schleisner allerdings nicht nur aktive Nationalpolitik vorgeworfen werden, wie es Rüppell und Bockendahl taten. Der Chef der Medizinalverwaltung brauchte einen Stab von Medizinalbeamten, auf den er sich verlassen konnte. Hinzu kamen fachliche Differenzen. Es war klar, dass die deutsche Seite jede Anstellung eines Kopenhagener Kandidaten als Affront auffassen musste. Die Medizinalpolitik im Herzogtum Schleswig war in den letzten Jahren des Gesamtstaates also ebenso stark vom nationalen Konflikt geprägt wie viele andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Die Zeichen standen dabei nicht auf Verständigung. Die Situation des Medizinalwesens zwischen den beiden Kriegen um das Herzogtum Schleswig ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie schädlich sich die nationalen Gegensätze auf die Entwicklung des Landes auswirkten.

Anmerkungen

- 1 Noch bis in die 1990er Jahre gab es wenige selbständige Darstellungen über diesen bewegten Zeitraum, der meist je nach der nationalen Sichtweise des Verfassers einseitig behandelt oder schlichtweg übergangen wurde. Bezeichnend ist der Artikel zur zentralen Persönlichkeit des folgenden Beitrags, Peter Anton Schleisner, in Dansk Biografisk Leksikon bd.21,1941, S. 199-201. Der in Schleisners Biografie so wichtige Zeitabschnitt wird hier lediglich mit zwei Halbsätzen erwähnt.

- 2 Z.B. Hans Schultz Hansen: Schleswigsche Identität 1840-48, in: Henrik Becker- Christensen & Ulrich Lange (Red.): Geschichte Schleswigs vom Mittelalter bis 1920, Apenrade 1998, S. 127-136.
- 3 Am 5.6.1849 hatte Dänemark erstmals ein Grundgesetz erhalten, das in vielen Punkten den Forderungen der Liberalen nachkam und ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratie war. Der 5.6. ist noch heute dänischer Nationalfeiertag.
- 4 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS) Abt. 42, Nr. 52. Zwischen 1852 und 1862 sind nur 11 Zusammenkünfte dokumentiert. Am 15.3.1853 wiesen vier der sechs Mitglieder es ab, das Protokoll auch auf Dänisch abzufassen. Die beiden dänischen Vertreter waren der Apenrader Apotheker Anton Worsaae und der in Kopenhagen studierte, aber an seinem Dienort heimische Flensburger Landphysikus Johann Friedrich Duseberg, während sich deutscherseits vor allem Rüppell und der Hadersiebener Arzt Ernst Hansen hervortaten. Letzterer wurde 1864 Medizinalinspektor.
- 5 Schleisner, Peter Anton: Om de islandske Epidemier, in: Bibliothek forLaager 3.R. bd. 5, 1859, S. 276-299.
- 6 Seine Schrift Koleraens Optraaden i Danmark sammenlignet med dens Opkomst i de tilgrasnsende Lande erschien 1874 als viel beachteter Beitrag zur internationalen Cholera-Konferenz in Wien und erschien auch auf Deutsch und Französisch.
- 7 LAS Abt. 42, Nr. 111, Schreiben vom 26.8.1854.
- 8 LAS Abt. 42, Nr. 113.
- 9 LAS Abt. 42, Nr. 111, Schreiben vom 25.3.1854. Schleisner beklagte sich bei Klink darüber, dass dieser den Pockenfall bei einer armen Familie in Bollingstedt nicht den Polizeibehörden angezeigt habe, so dass Isolierung und Versorgung der Betroffenen viel zu spät vorgenommen worden seien.
- 10 Staats-Handbuch für die Herzogthümer Schleswig-Holstein. Altona 1849, S. 19 f. Dies waren Heinrich Thomsen (Tönning), Petrus von Maack (Apenrade) und Georg Nicolaus Wulfke (Husum).
- 11 Diese Ausweisung von schleswig-holsteinischen Gegnern des Gesamtstaats nach dem Ende des Bürgerkrieges hat später die Vorstellung von der dänischen Herrschaft in den letzten Jahren des Gesamtstaats weit übertrieben geprägt. Dabei waren nicht mehr als 33, bald nur noch 21 Personen betroffen, die sich zudem meist aktiv an der Führung des Aufstandes beteiligt hatten. Trotz mancher politischer Repressionen gegen Andersdenkende, die es unter umgekehrten Vorzeichen ja auch nach 1864 gab, kann man weder von Massenausweisungen noch von totaler politischer Unterdrückung sprechen.
- 12 Die folgenden Daten aus Tage Grodum: Embedslaagevaasenet og fysicii i hertugdømmet Slesvig intill 1864, Dansk Medicinhistorisk Arbog 1986, S. 40 f.
- 13 Hier die erste Zeile aus Fußnote 40 bis „1612“, Schreiben vom 12.4.1877. Zuletzt hatte sich Dircks als Physikus in Gramm beworben.
- 14 Als Schleswiger Physikus hatte ihm auch die Aufsicht über die psychiatrischen Anstalten obliegen, deren Vorstandsmitglied er über lange Zeit war.
- 15 LAS Abt. 42, Nr. 9. Kieler Kandidaten waren nur noch in Kappeln, Eckernförde, Bredstedt, Gramm, Burg auf Fehmarn und Tönning tätig, letzterer war der als dä-

- nisch gesinnt bekannte Edvard Dircks. Außer diesem blieben die Genannten über das Jahr 1864 hinaus im Amt, außer ihnen nur noch Süderstapels Physikus Heinrich Schacht.
- 16 Ausführlicher über das Wirken dieses Arztes siehe Irene Väterlein: Johannes Bockendahl (1826-1902). Diss. Kiel 1976. Übrigens war Bockendahl mit der Nichte des kinderlos gebliebenen Rüppell verheiratet und hatte 1848 als Student im Rantzau-schen Freikorps auf schleswig-holsteinischer Seite gekämpft.
 - 17 Der Flensburger Oberpräsident war ein den Amtmännern gleichgestellter staatlicher Aufsichtsbeamter. In der Zeit zwischen den Kriegen gab es ein solches Amt außer in Flensburg nur noch in Altona.
 - 18 StA Flensburg A 740, Schreiben des Physikus vom 9.8.1855 und des Medizinalin-spektors vom 24.8.1855. Doch auch dieser Konflikt hatte eine nationalpolitische Sei-te, denn Vorgänger Valentiner war wegen „ungebührlicher Schreibart“ nach einem fachlichen Konflikt mit Schleisner abgesetzt worden, weil dieser Valentiners „Ämter-häufung“ in Flensburg nicht akzeptieren wollte. Vgl. StAFI A 819 und 877. Zunächst ordnete Schleisner die Trennung des Stadtphysikats und der Stelle als Hospital-Chefarzt an, später sollte er nicht mehr gleichzeitig Armenarzt sein dürfen. Pikanter-weise wurden Valentiners Posten ausschließlich von Reichsdänen übernommen. Stadtphysikus war der Militärarzt Jespersen, Armenarzt Johan Peder Aaby und Hos-pital-Chefarzt Edmund Silberberg. Zu letzterem vgl. LAS Abt. 42, Nr. 83.
 - 19 StAFI A 877, Schreiben des Ministeriums für Schleswig vom 11.8.1855.
 - 20 LAS Abt. 42, Nr. 53.
 - 21 LAS Abt. 42, Nr. 56. Neben diesem außerordentlich engagierten Bericht ist eine bemerkenswert kritische Druckschrift „Der heutige Privatarzt. Von einem schleswig-schen Arzte. Husum 1860“ erhalten, die sich nach Stil, Thesen, Engagement und Verlagsort ebenfalls dem bisher fast unbekanntem Hansen zuordnen lässt.
 - 22 Letzteres wurde Jessen zu keiner Zeit, und das war auch der Grund für seinen Rück-zug aus Schleswig und die Errichtung einer Privatanstalt „Hornheim“ bei Kiel.
 - 23 Lediglich ein Wirtschaftsgebäude konnte hinzugefügt werden.
 - 24 Helgo Klatt: 150 Jahre Landeskrankenhaus. Biographische und andere Notizen aus dem Leben des ärztlichen Direktors Sanitätsrat Dr. Julius Rüppell, in: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte 15,1970, S. 43.
 - 25 LAS Abt. 42, Nr. 56, Schreiben Dusebergs vom 19.12.1857. Hierin heißt es über Boysens Antwort: „At han i 1849 var blevet tvungen at gjøre Tjeneste ved den saa-kaldte Slesvig-Holsteenske Armee, at han ved sin Ankomst i Rendsborg havde pro-testeret imod at bsere Vaaben imod hans Majestæt, men at han havde faaet Befaling at forholde sig rolig, da man nok skulde leere harn hvad han havde at gjøre og lade. Efter at han i 11 dage havde maattet exercere var han blevet commanderet til at fun-gere som Militair-Apotheker, først ved Medicamentdepotet i Rendsborg og senere beordredes han til Ambulancen, deels som Apotheker, deels som Lægemedhjælper. Linder Slaget ved Idsted var han ved Ambulancen i Fardorp ved Slesvig og under Slaget ved Frederiksstad i Delve. Senere fungerede han som Lazarethapotheker i

- Heide, hvorfra han blev hjempermitteret og atter gik tilbage i sin Condition. Sluttelig bemærker han at han aldrig har været Slesvig-Holsteener, men at han før og nu har sat sin „Glæde og Stolthed“ i at være Undersaat af Kongen af Danmark.“ Da Ahneby nicht wie Böel im Amt Gottorf, sondern im Amt Flensburg lag, war der Flensburger Landphysikus Duseberg Boysens administrativer Vorgesetzter.
- 26 LAS Abt. 42, Nr. 56, Schreiben vom 16.3.1859 und vom 14.2.1866. Offenbar fungierte Boysen trotzdem als Armenarzt, der in Einzelfällen gerufen wurde, ohne einen festen Kontrakt eingehen zu können.
- 27 LAS Abt. 42, Nr. 58.
- 28 Entgegen dem oben zitierten Bericht sollte Levin nun doch nicht gesagt haben, dass er das Kind herauschneiden wollte.
- 29 LAS Abt. 42, Nr. 56. Ein Teil dieser Berichte wiedergegeben und kommentiert bei: Gerret L. Schlaber: Fattiglasgevaesenet i Hertugdømmet Slesvig i 1850'erne. Læger-nes sociale opgaver og arbejdsvilkår i landdistrikterne. Dieser Beitrag soll noch in diesem Jahr in einem von Gerda Bonderup und Jorgen Mikkelsen redigierten Sammelband über Amtsarztberichte und deren Verwendungsmöglichkeiten in der Forschung erscheinen.
- 30 Armenkommunen bestanden in der Regel aus einer Kirchspielsgemeinde oder aus einem Guts- oder Koogsbezirk. Es gab jedoch auch zahlreiche Fälle, in denen einzelne Dörfer eigene Armenkommunen bildeten, hingegen aber kaum Zusammenarbeit mehrerer Kirchspiele.
- 31 Anders als heute galt damals noch die Vorstellung, dass das älteste Recht die größte Autorität besaß und dass das lokale Recht das Landesrecht im Konfliktfall brach.
- 32 Mehr hierzu bei Gerret Schlaber: Verwaltungsreformen in Schleswig und Holstein 1851-1864. Mag. Kiel 1997.
- 33 StAFI A 740, Schreiben des Hospitalsarztes vom 4.5.1848.
- 34 LAS Abt. 42, Nr. 81, namentlich Schreiben vom 28.6.1854.
- 35 Zu diesen zählte vor allem der deutsch gesinnte Arzt Christian Tanck, der 1864 in einem Kommentar im Tonderschen Intelligenzblatt von den „wie ein Pesthauch ins Land gewehten dänischen Beamten“ schrieb - damit dürfte vor allem Ulrich gemeint sein. Ausschnitt in Kgl. Bibliothek Kopenhagen, Handschriften-Sammlung Nr. 2013, Tagebuch des Lehrers Hagerup.
- 36 Zeitung für die Verhandlungen der 10. Provinzialstän­deversammlung für das Herzogthum Schleswig 1863, Sp. 6-23.
- 37 Nach Madvig ist in Hadersleben sogar eine Straße benannt, was vor allem seinem nationalpolitischen Einsatz zu verdanken ist und nicht seiner Tätigkeit als Physikus und dann als Privatarzt.
- 38 [Schleisner, Peter Anton:] Til Belysning af Preussernes og Gsterrigernes Adfaerd i Slesvig. Efteren paa Stedetfort Dagbog. [Kopenhagen] 1864. Schleisner betonte hier vor allem die Stimmungsmache, die von deutscher Seite im Vorfeld gegen die leitenden Beamten betrieben worden war, so dass die neuen Landesherrn darüber erstaunt waren, dass ihnen mitnichten nur zugereiste dänische Nationalisten gegenüber standen.

- 39 Vgl. Fußnote 32. Nur dieses Amt erhielt eine solche fortschrittliche Einrichtung, weil man in den südlichen Distrikten zunächst die Schaffung neuer nationaler Oppositions- Foren verhindern wollte. Auch hier blockierte der nationale Gegensatz die Reformen.
- 40 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz I. HA Rep. 76 VIII A, Nr. 1612, Schreiben des Physikus Dahl an das Amthaus vom 25.2.1867.
- 41 Ebenda, Schreiben der Bezirksregierung in Schleswig an das Ministerium für geistliche mm. Angelegenheiten vom 23.8.1867.

Kontinuität oder Wandel?

Von der Grenzlandpolitik zur Minderheitenpolitik

von THEDE BOYSEN

Wir geben im Folgenden den überarbeiteten Vortrag wieder, den der Vorsitzende des Nordfriisk Instituuts, Thede Boysen, am 10. Mai 2003 bei der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes gehalten hat. Er plädiert nachdrücklich für den Abschied von der herkömmlichen Grenzlandpolitik - einen Weg, den der Grenzfriedensbund jedenfalls ansatzweise bereits beschreitet. Gleichwohl mag der Vortrag auch in unseren Reihen für Diskussionsstoff sorgen.

Die Redaktion

1. Einleitung

Die frühere Eindeutigkeit des nationalen Koordinatensystems im Grenzland hat zunehmend ihre Orientierungsfunktion verloren. Institutionen unterliegen einem Funktionswandel und Identitäten bilden sich zunehmend an anderen Bruchlinien und Kristallisationspunkten aus als an der herkömmlichen Polarisierung zwischen Deutsch und Dänisch.

Darum, dass die alten Grenzlinien im wahrsten Sinne des Wortes keinen Bestand mehr haben, soll es in meinem Vortrag gehen. Ich möchte darüber sprechen, wie sich unsere Region weg von einer Bühne für nationale Vertretungskonflikte entwickelt. Ich spüre der Frage nach, wie das vonstatten ging. Das ist kein Selbstzweck, sondern versetzt uns in die Lage, einen Blick in die Zukunft zu werfen.

2. Zum Verhältnis von Grenzlandpolitik und Minderheitenpolitik

Die Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein wird traditionell als Teil der Grenzlandpolitik gesehen. So auch Rolf Fischer und Kurt Schulz, die dabei zwei wichtige Phasen unterschieden¹:

Phase I: den Grenzkampf von 1920 bis 1955, also den Bonn-Kopenhagener Erklärungen, sowie

Phase II: die offensive und operative Minderheitenpolitik ab 1987/88.

Die Minderheitenpolitik hat jedoch m. E. in der Zwischenzeit - vor allem nach dem Mauerfall - soviel an Eigendynamik gewonnen, dass heute von zwei Politikfeldern - mit jeweils unterschiedlichen Akteuren und eigenen Arenen - gespro-

chen werden kann, die zwar in einer hohen, aber abnehmenden gegenseitigen Abhängigkeit stehen.

Meine These lautet: Die Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein ist ein Resultat der Grenzlandpolitik. Wichtige Grundlagen basieren auf der friedlichen Grenzziehung und der anschließenden Grenzsicherung. Die Weiterentwicklung der Minderheitenpolitik wird aber von den aus der Grenzlandpolitik geschaffenen (Denk) -Strukturen beeinflusst und behindert. Minderheitenpolitik steht somit auch in einem Spannungsverhältnis zur herkömmlichen Grenzlandpolitik.

3. Die Grenzlandpolitik in Schleswig

Was will Grenzlandpolitik? Sie entspringt dem vitalen Interesse des Nationalstaates, seine Grenzen nach außen zu sichern. Hierzu entwickelt er - abgesehen von militärischem Gewalt- und Drohpotenzial - zivile Strategien und Instrumente. Die Grenzlandpolitik in Schleswig-Holstein steht hier in einer langen Kontinuität, die über die Weimarer Republik bis zum Kaiserreich zurückreicht. Das Deutsche Reich verfolgte durch eine Germanisierungspolitik die Schaffung eines ethnisch und kulturell homogenen „Volkskörpers“. Das Bildungssystem und der Zugang zum sozialen Aufstieg waren die vorrangigen zivilen Hebel zum Erreichen dieses Zieles².

Die Germanisierungspolitik des Kaiserreiches wurde durch eine Volksgruppen- und Kulturbodenpolitik der Weimarer Republik für die deutschen Minderheiten im ehemaligen Reichsgebiet sowie den im Reich verbliebenen so genannten „Kulturdeutschen ohne deutsche Haussprache“ ergänzt bzw. fortgesetzt.

Die Maßnahmen der staatlichen und gesellschaftlichen Akteure zielten auf die Assimilierung der nicht-deutschen Bevölkerungsgruppen ab. Die Polarität zwischen Deutsch und Dänisch wurde damit zum bestimmenden Identifikationsmerkmal in Schleswig. Hierbei spielten die tatsächlichen ethnischen Unterschiede kaum eine Rolle. Vielmehr gaben die kulturelle Orientierung bzw. die nationale Gesinnung den Ausschlag.

Die Strategie und Vorgehensweise Dänemarks seinerseits zur Grenzsicherung ab 1920 unterscheiden sich nicht grundlegend von denen des Deutschen Reiches. Es kam zum so genannten Grenzkampf, dessen Ergebnis eine kulturelle „Flurbereinigung“ des vordem ethnisch, sprachlich und kulturell heterogenen Schleswig war.

Beide Staatsnationen haben nach 1920 gezielt eine spezifische kulturelle Infrastruktur zur Sicherung der Grenze aufgebaut und die jeweils auf der anderen Seite der Grenze zurückgelassene Minderheit als „Faustpfand“ gegen eventuelle Grenzrevisionsabsichten finanziell und moralisch unterstützt. Dieses hat letzt-

endlich zu einer stabilen Situation geführt mit einer, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, parallelen Infrastruktur der Minderheiten zu öffentlichen Einrichtungen. Den Angehörigen der Minderheiten eröffnete sie eine Parallelgesellschaft - quasi „von der Wiege bis zur Bahre“.

Da beide Staaten langfristig mit der Sicherung der 1920 gezogenen Grenze zufrieden waren und ab Ende der 40er Jahre keine ernsthaften Bemühungen für Grenzrevisionen zu befürchten waren, markieren die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen von 1955 nicht nur das Ende der Grenzproblematik, sondern auch den Anfang vom Ende der erfolgreichen Grenzlandpolitik.

4. Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein

Im Unterschied zur Grenzlandpolitik mit ihrem konkreten staatspolitischen Außenbezug geht es bei der Minderheitenpolitik um die sozialen und politischen Grundwerte des Zusammenlebens mit anderen in einer Gesellschaft bzw. einem Staatswesen. Statt einer vergleichsweise einfach zu bewerkstelligenden Assimilation geht es um die funktionale Integration in das Gemeinwesen bei gleichzeitiger Respektierung der sprachlich-kulturellen Andersartigkeit der Minderheit.

Dieser Aufgabe hat sich Ministerpräsident Björn Engholm bei seinem Regierungsantritt 1988 gestellt, er gab damit den eigentlichen Startschuss für die Minderheitenpolitik. Eine Voraussetzung für diese eigenständige Minderheitenpolitik bildet dabei die Lösung der Grenzlandproblematik.

Die Forderungen der Minderheiten wurden - endlich - aufgegriffen und neue politische Institutionen wurden eingerichtet. Dazu zähle ich das Friesengremium beim Landtag, das 1988 nach dem Modell des Nordschleswig-Gremiums gebildet wurde. Dazu gehört die Einrichtung der Stelle des Minderheitenbeauftragten, der anfangs noch Grenzlandbeauftragter hieß. Auch die Minderheitenberichte der Landesregierung vor dem Landtag in den Jahren 1986, 1992 erstmals einschließlich der Friesen, 1996 erstmals einschließlich der Sinti und Roma, und auch in diesem Jahr sind in diesem Zusammenhang zu nennen.

Zum institutionellen Rahmen gehört auch die Verabschiedung des Artikels 5 in der Landesverfassung im Jahr 1990, in dem der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe (so der Terminus) der besondere Schutz und die Förderung durch das Land zugesichert wurde.

In dieser Phase erwies sich die Besetzung des Minderheitenbeauftragten mit der Person Kurt Hamers als wahrer Glücksgriff für die Minderheiten. Er prägte die Leitlinien der Minderheitenpolitik sowohl für die Landesregierung als auch für die Minderheiten, die ihm viele wichtige Anregungen und hilfreiche Unterstützung verdanken. Die ehemals grenzlandpolitisch motivierte Begrenzung der

Minderheitenrechte auf die Deutschen in Nordschleswig und die Dänen in Südschleswig wurde durchbrochen und die Friesen sowie die Sinti und Roma werden als politische Akteure ernst genommen. Das ist der Abschied von der klassischen deutsch-dänischen Grenzlandpolitik und der Beginn der Minderheitenpolitik.

Zur Illustration des Politikwechsels von der Grenzland- zur Minderheitenpolitik möchte ich eine kleine Episode erwähnen: Eine Friesin stellte Mitte der 80er Jahre einen Antrag auf Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit. Als Tochter einer nordfriesischen Mutter und eines westfriesischen Vaters - mit der niederländischen Staatsangehörigkeit des Vaters - war sie in Nordfriesland aufgewachsen. Der Antrag wurde damals abgelehnt. Begründung: es bestehe keine ausreichende Bindung an die deutsche Kultur. Ende der 90er Jahre erhielt ihre Mutter das Bundesverdienstkreuz aus der Hand des Bundespräsidenten Johannes Rau für ihr vorbildliches Engagement für das Nordfriesische. Ich denke, dass diese kleine Geschichte zeigt, wie nachhaltig ein neues politisches Selbstverständnis Einzug gehalten hat, das auf Integration von Minderheiten setzt statt auf Ausgrenzung.

Dieses Verständnis und diese neue Haltung auch der offiziellen Stellen ist nicht das Resultat eines unbewussten und schleichenden Prozesses, sondern ist vielmehr das Produkt politischer Auseinandersetzungen und bewusster Entscheidungen im gesellschaftlichen Raum.

Wie sehen die Eckwerte der derzeitigen Minderheitenpolitik aus?

- Minderheiten sind als integraler Bestandteil Schleswig-Holsteins akzeptiert.
- Minderheitenpolitik wird als Querschnittsaufgabe begriffen.
- Der Schutz und die Förderung der Minderheiten ist eine staatliche Aufgabe mit zahlreichen - auch finanziellen - Pflichten.
- Zur Minderheit gehört - im Sinne der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen - jeder, der sich dazu bekennt.

Vor allem der letzte Punkt zeigt die Verbindung zur Grenzlandpolitik.

Die Minderheitenpolitik ist dabei nicht nur auf die innenpolitische Dimension beschränkt, sondern sie ist auch Teil einer internationalen Strategie der Landesregierung, der Initiative zur Stärkung der Ostseekooperation. Diese könnte - in Bezug auf die Verbindungen der Nordfriesen - sehr gut durch eine Nordseekooperation ergänzt werden.

Durch die Wende erhielt die Minderheitenpolitik neue Impulse. Im vereinigten Deutschland kamen die Sorben als nationale Minderheit ohne „Mutterstaat“ als (aus westdeutscher Sicht) neuer Akteur hinzu. Ihre relativ gut ausgestattete Infrastruktur samt Förderrahmen in der DDR setzte für die alte Bundesrepublik neue Maßstäbe und Vergleichsstandards.

Eine ähnliche Wirkung hat die EU-Osterweiterung. Mit den neuen Beitrittskandidaten kam die Minderheitenpolitik nachhaltig auf die Agenda der EU. Die Schutz- und Förderkriterien der EU für Minderheiten an die Beitrittsländer wirkt natürlich auch auf die derzeitige Mitgliedsländer, also auch auf die Bundesrepublik Deutschland, zurück. Man kann nicht von anderen fordern, was man selbst nicht leistet. Ich zähle zu den Auswirkungen dieser neuen Politik das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten sowie die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen.

Als Friese bin ich dem zweiten Minderheitenbeauftragten, Kurt Schulz, zu Dank verpflichtet, weil er entscheidend dafür gesorgt hat, dass der Bund - nach dem Regierungswechsel - in die finanzielle Förderung der friesischen Minderheit eingestiegen ist. Der europäische Rahmen wurde so gesehen durch eine materielle Grundlage seitens des Bundes ergänzt.

Die Umsetzung der europäischen Standards und Vorgaben stellt nun alle Akteure vor neue Aufgaben. Es wird darauf ankommen, dass für eine erfolgreiche Implementierung die Zielstellung ins Regierungs- und Verwaltungshandeln übernommen wird. Bisher ist ein klares Übergewicht der Legislative bei der Politikformulierung festzustellen, die nun von der Exekutive aktiv aufgegriffen werden muss.

5. Zum Spannungsverhältnis von Grenzland- und Minderheitenpolitik

Da sie ihr Ziel erreicht hat, ist die Grenzlandpolitik überholt. Die Frage der effektiven Grenzsicherung in unserer Region betrifft kaum noch die Zoll- und Polizeipolitik. Wir haben damit nicht mehr länger den Nationalstaat als Referenzrahmen, sondern Europa. Fragen nach dem Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit und der Sicherung der jeweiligen Bürgerrechte rücken stattdessen ins Zentrum. Zwangsläufig entfallen damit die alten Leitbilder. Schleswig-Holstein ist nicht mehr länger das Bollwerk gegen den Norden.

Das alles geschieht nicht aus Zufall oder Wunschenken, sondern entspricht handfesten Interessen. Der Rahmen und damit die Legitimation für den Transfer von öffentlichen Mitteln haben sich verändert.

Statt eifersüchtig bewachter Doppelstrukturen könnten wir von einer lebendigen und vielfältigen Organisationslandschaft profitieren. An einigen Stellen überlebt noch das Nebeneinander, die jahrelang gewachsene gegenseitige Ignoranz, die von der jeweiligen anderen Seite nichts wissen will. Der Paradigmenwechsel von der Grenzland- zur Minderheitenpolitik eröffnet die Möglichkeit einer pluralen öffentlichen Infrastruktur, die jedoch Mehrsprachigkeit voraussetzt.

Die jetzige Struktur der doppelten Infrastruktur stellt zwar eine Belastung für die

öffentlichen Haushalte dar, sie kommt aber auch der Region wiederum finanziell zugute und kann m.E. als Ausgleich für die Randlage gesehen werden.

Die Starrheit der jeweiligen Apparate könnte sich hingegen als ein größeres Problem erweisen. Ein Beispiel: In Südschleswig haben wir die höchste Dichte an muttersprachlichen Dänischlehrern außerhalb Dänemarks, während an den deutschen Bildungseinrichtungen Mangel an ausgebildeten Dänischlehrern herrscht. Das Beispiel zeigt, wie tief sich die grenzlandpolitische Logik in das Handeln der Menschen und Institutionen eingegraben hat. Handlungsoptionen werden durch diese selektive Wahrnehmung systematisch verkannt. Manifest werden diese Sichtweisen eher selten, wie z.B. beim Widerstand gegen die Gründung der Region Sønderjylland-Schleswig oder der Platzierung des Idstedt-Löwen. Die Presselandschaft selbst ist nicht unwesentlich durch die Grenzlandpolitik geprägt und wiederum prägend.

6. Implementationsprobleme einer Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein

Bei der klassischen Grenzlandpolitik entwickelten Politik und Verwaltung Implementationsstrukturen und stellten ausreichend Ressourcen in Form von Geld und Verwaltungs-know-how zur Verfügung, z.B. über das Programm Nord, die Ansiedlung von Behördenarbeitsplätzen, über institutionelle Zuschüsse für Grenzverbände und deren Einrichtungen, durch Forschungsaktivitäten und nicht zuletzt über die Bildungspolitik.

Für die Minderheitenpolitik gibt es dagegen noch keine Implementationsstruktur. Jede inhaltliche Politik braucht handlungsfähige Strukturen vor Ort, ansonsten läuft sie ins Leere.

Es ist ganz einfach: Die Implementierung anspruchsvoller Politikziele erfordert anspruchsvolle Strukturen. Ohne Niederschlag in den Strukturen und beim Weiterbestehen des akuten Ressourcenmangels wird die faktische Umsetzung durch rein symbolische Akte ersetzt werden. Damit es nicht so weit kommt, brauchen wir neue Instrumente und vor allem neue Ideen. Eine entsprechende Umsetzungsphantasie ist im neuen, weniger staatstragenden Politikfeld Minderheiten noch nicht erkennbar. Tendenzen der Verwaltungs- und damit auch Verantwortungsüberwälzung sind nicht auszuschließen. Es besteht zumindest die Gefahr, dass weiter nach den eingeübten und zur Routine gewordenen grenzlandpolitischen Kriterien verfahren wird statt nach neuen und unerprobten Kriterien und Zielstellungen der Minderheitenpolitik.

Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass der Landtag bei den Beratungen zum Haushalt 2003 beim Zuschuss für den Friesenrat eine Zweckbindung von 15.000 € für die hauptamtliche Geschäftsführung vorgenommen hat und damit

der Erfordernis einer professionellen Struktur bei den Minderheiten für die erfolgreiche Umsetzung der Bundesmittel Rechnung getragen hat. Auch wenn es sich nicht um zusätzliche Mittel handelte, so wurde hier die politische Gestaltung hinter dem Haushaltstitel mitgedacht.

Auf der anderen Seite müssen sich die Minderheiten für eine Minderheitenpolitik - jenseits der Grenzlandpolitik-fit machen und sich ebenfalls entsprechend auf diese Aufgabe einstellen. Hier liegt die Versuchung nahe, die hergebrachten und üblichen Aktivitäten lediglich quantitativ auszuweiten, statt einen inhaltlichen Beitrag zur Erreichung europäischer und selbst gesetzter Qualitätsstandards in der Kultur- und vor allem in der Spracharbeit zu erreichen. Das Letzte, was wir brauchen können, ist den neuen öffentlichen Kredit durch dilettantischen Klientelismus zu verspielen.

7. Zusammenfassung

Die Minderheitenpolitik hat sich aus der Grenzlandpolitik entwickelt, stellt nun aber ein eigenes Politikfeld dar, mit eigenen Akteuren und Institutionen und somit mit eigener Arena. Neben den landespolitischen Rahmenbedingungen spielen zunehmend europäische Rahmenvorgaben eine Rolle, die wiederum auch den Bund als Akteur ins Spiel bringen. Als neues Politikfeld sind die Inhalte zu einem großen Teil noch diffus und die Instrumente sind unklar. Schleswig-Holstein bringt einige gute Grundlagen für die Gestaltung des Politikfeldes mit. Es gilt in der nächsten Zeit so gesehen eine Phase III einzuleiten, in der in Schleswig-Holstein die Voraussetzungen geschaffen werden, sowohl inhaltlich als operativ, den dynamischen Prozess einer europäischen Minderheitenpolitik zu gestalten.

Für die Minderheiten selbst ist es eine Frage der Überlebensbedingungen als eigene kulturell-sprachliche Gruppe, dass sich eine moderne Minderheitenpolitik im Zusammenspiel von Minderheit, Politik, Behörden, Öffentlichkeit und Wissenschaft entwickelt und formt.

Der Mehrwert einer Minderheitenpolitik für die Gesellschaft liegt in der langfristigen Wirkung einer veränderten politischen Kultur, die ein Mehr an praktizierter Toleranz aufweist, da die Bürger an kultureil-plurale Strukturen und Lebensäußerungen gewöhnt sind und sie nicht als fremd oder bedrohlich wahrnehmen. Also eine langfristige Änderung der Wertegrundlage, die die Widerstandsfähigkeit gegenüber extremistischen Parolen und politischen Scheinlösungen stärkt. Kurzfristiger und konkreter könnte die Minderheitenpolitik zu einer erhöhten Akzeptanz der Mehrsprachigkeit beitragen. Dieses wäre m. E. ein lohnender Ansatz für eine Phase III, eine aktive Sprachenpolitik in Schleswig-Holstein. Die verstärkte Vermittlung und Anwendung der heimischen nicht-hochdeutschen

Sprachen in den öffentlichen Einrichtungen würde die Entwicklung der regionalen Identität sowie das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit fördern, Verständnis folgt dem Verstehen. Ferner würden erweiterte (Fremd-)Sprachenkenntnisse die heimische Wirtschaft und die Arbeitnehmer auf benachbarte Arbeits- und Absatzmärkte vorbereiten. Die kleinen europäischen Volkswirtschaften erweisen sich auch aufgrund der Mehrsprachigkeit ihrer Unternehmen und Arbeitskräfte als flexibel und anpassungsfähig. Von einem erstrebten Ziel der Grenzlandpolitik, Einsprachigkeit (mit etwas Schulenglisch) müsste man sich jedoch verabschieden.

Anmerkungen

- 1 Karl-Rudolf Fischer / Kurt Schulz: Vom Kanon der Kulturen, Bräist/Bredstedt 1998.
- 2 Vgl. das Beispiel Masuren in Andreas Kossert: „Grenzlandpolitik“ und Ostforschung an der Peripherie des Reiches (Vierteljahresheft für Zeitgeschichte 2/2003).

Sorge um deutsch-dänische Vielfalt im Grenzland

Ein Interview mit Vertretern der deutschen Grenzverbände

von STEPHAN RICHTER

Am 12.4.2003 erschien im Flensburger Tageblatt ein ausführliches Interview, das der Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages, Stephan Richter, mit Repräsentanten der vier deutschen Grenzverbände führte: Hans Dethleffsen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), Lothar Hay, Vorsitzender des Grenzfriedensbundes, Heinz Loske, geschäftsführendes Vorstandsmitglied im Deutschen Grenzverein, Dr. Willy Diercks, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB), Harald Kracht, Vorsitzender des Grenzlandausschusses des SHHB.

Im Anschluss drucken wir eine Pressemitteilung des Sydslesvigsk Forening ab, in der der Vorsitzende Heinrich Schultz zu dem Interview Stellung nimmt. Außerdem geben wir einen Pressebericht über die Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes wieder, bei der die äußerst dramatische Finanzsituation unseres Verbandes ein zentrales Thema war.

Die Redaktion

*Aus dem Gegeneinander von Deutschen und Dänen im Grenzland ist ein Miteinander geworden. Brauchen wir da noch die Arbeit der Grenzverbände? **Kracht** (SHHB): Sie ist wichtiger denn je, weil sonst das kulturelle Gleichgewicht im Grenzland ins Rutschen käme. Schon heute erhalten die Vereine der dänischen Minderheit von deutscher Seite mehr Mittel als wir - von den Zuschüssen aus Kopenhagen ganz zu schweigen. Wir sind nicht neidisch. Aber eine Schiefelage geht nie gut.*

***Hay** (Grenzfriedensbund): Es gibt im Grenzland einen friedlichen Wettstreit der Kulturen. Aber richtig ist: Wir haben im Vergleich zu den Dänen die schlechteren Karten.*

***Dethleffsen** (ADS): Zum Glück wirkt sich dieses Ungleichgewicht noch nicht auf die Angebotsseite aus. Doch die Gefahr ist groß, dass Angebote reduziert, Einrichtungen geschlossen werden müssen. Dann wären die Deutschen im Grenzland schlechter gestellt als Angehörige der dänischen Minderheit.*

Nun könnte die grenzpolitische Arbeit auf beiden Seiten heruntergefahren werden. Warum bedarf es noch der Grenzverbände, wenn sich das Grenzland zur Modellregion friedlichen Miteinanders entwickelt hat?

***Dr. Diercks** (SHHB): Auf den ersten Blick scheint die Frage berechtigt. Doch*

was würde passieren, wenn die grenzpolitische Arbeit eingestellt würde? Aus dem kulturellen und sozialen Dialog zwischen Deutschen und Dänen würden wieder Monologe werden. Die Grenzverbände haben zudem in einer Randregion gesellschaftliche Aufgaben übernommen, die für den Landesteil Schleswig lebensnotwendig sind. Gäbe es die Grenzverbände nicht, müssten neue Institutionen geschaffen werden, die diese Aufgaben von der Kulturarbeit bis zu den sozialen Angeboten und der Erwachsenenbildung übernehmen. Das würde die öffentlichen Haushalte viel stärker belasten.

Hay (Grenzfriedensbund): Dies kann ich nur unterstreichen. Würden die deutschen Grenzvereine ihre Arbeit nicht mehr tun, würde dies die staatliche Ebene sehr viel teurer kommen. Durch die ehrenamtlich geleistete Arbeit in den Vorständen der Grenzvereine werden dem Staat - dem Subsidiaritätsprinzip folgend - erhebliche Aufgaben abgenommen. Aber erlauben Sie einen kurzen Einwurf zur Fragestellung: In der Frage war von der deutsch-dänischen Modellregion die Rede. Wir sind sicher in vielen Bereichen vorbildlich, was das Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten angeht. Trotzdem habe ich Probleme mit dem Begriff Modellregion. Das Wort wiegt uns in falscher Sicherheit. Regionen entwickeln sich stets dynamisch. Wenn wir uns nicht bemühen, das Erreichte zu sichern und fortzuentwickeln, könnten die Erfolge schnell wieder verloren gehen.

Herr Loske, der Deutsche Grenzverein betreibt im Landesteil Schleswig drei Akademien, die sich wachsender Teilnehmerzahlen erfreuen. Warum konzentriert sich Ihr Verband nicht ganz auf die reine Bildungsarbeit?

Loske (Deutscher Grenzverein): Jede Zeit hat ihre Aufgaben. Der Deutsche Grenzverein besteht seit 80 Jahren. Natürlich haben sich Schwerpunkte verlagert. Früher stand die Abgrenzung im Vordergrund, heute dominiert die völkerverbindende Kulturarbeit. Was die grenzpolitischen Aufgaben betrifft, so haben diese abgenommen. Aber wir können nicht auf sie verzichten. Sie gehören zu unserer Geschichte und geben uns ein unvergleichliches Profil. Das eine hängt mit dem anderen zusammen.

Herr Hay, der Grenzfriedensbund leistet im Grenzland vor allem publizistische Arbeit. Wird diese Stimme im Medienzeitalter mit ihrer Fülle von Informationsangeboten noch gehört?

Hay (Grenzfriedensbund): Sie ist unverzichtbar. Lesen Sie zum Beispiel den Beitrag des Vorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich Hansen, in dem er auf die nach wie vor vorhandenen anti-deutschen Stimmungen in Dänemark hinweist. Deswegen haben wir uns gerade im Medienzeitalter der Aufgabe zu stellen, an der Nahtstelle zwischen Deutschland und Dänemark deutlich zu machen, dass hier zwei Völker miteinander leben und sich Volksgruppen und Kulturen überlappen. Ein Volk, das nicht zu den Wurzeln

seiner Geschichte steht, sie womöglich gar nicht kennt, kann sich auch nicht konfliktfrei weiterentwickeln. Wir wollen gerade junge Menschen mit der Geschichte des Grenzlandes vertraut machen.

Herr Dethleffsen, die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig ist mit über 47 sozialen und sozialpädagogischen Einrichtungen zu einem unverzichtbaren Sozialwerk im Landesteil Schleswig geworden. Ist auf Dauer der Spagat zwischen diesen Aufgaben und der Arbeit als Grenzverband zu leisten?

Dethleffsen (ADS): Natürlich stoßen wir an Grenzen. Doch lassen Sie mich vorweg feststellen, dass wir einen friedlichen Wettstreit zwischen deutscher und dänischer Kultur führen. Was die Arbeit der ADS auf sozialem und sozialpädagogischem Gebiet angeht, so schaffen wir Begegnung zwischen Deutschen und Dänen. Wichtig ist der Grundsatz: Jeder, der Deutscher sein will, soll entsprechend leben können. Und jeder, der sich als Däne fühlt, soll als Däne leben können. Das heißt in der Praxis, dass Eltern frei entscheiden sollen, ob sie ihre Kinder in einen deutschen oder in einen dänischen Kindergarten schicken. Dies wiederum setzt Chancengleichheit beim Angebot voraus. Was dänische Kindergärten bieten, könnten wir in unseren 27 Einrichtungen mit über 1900 Plätzen nicht bieten, wenn es nicht die entsprechenden Landeszuschüsse gäbe. Hier verbindet sich ganz konkret die Sozialarbeit mit einem kulturellen Wettbewerb. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Deswegen sehe ich keinen Spagat zwischen beiden Aufgabenbereichen, denen sich die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig stellt, sondern die Notwendigkeit der ganzheitlichen Betrachtung. Hierbei erhalten wir große Unterstützung durch Frau Renate Schnack, der Minderheitenbeauftragten der Ministerpräsidentin.

Fehlt es den deutschen Grenzverbänden dennoch an politischer Unterstützung in Kiel, wenn es darum geht, diesen Zusammenhang deutlich zu machen? Oder sind die leeren öffentlichen Kassen Grund für die abnehmende Unterstützung der Arbeit im Grenzland?

Dethleffsen (ADS): Die Kassenlage der öffentlichen Haushalte spielt sicher eine gewichtige Rolle. Doch ich befürchte, das größere Problem ist das schwindende Verständnis für die Arbeit der Grenzverbände, die zu den ältesten Vereinen in Schleswig-Holstein gehören. Der friedliche und harmonische Eindruck, den die Grenzregion vermittelt und der zum Glück der Realität entspricht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Wettstreit der Kulturen nicht kleiner, sondern größer wird. Der Landesteil Schleswig bedarf hier der Unterstützung des ganzen Landes.

Hay (Grenzfriedensbund): Leider stimmt die Analyse. Wir Grenzverbände haben

uns zu lange darauf ausgeruht, dass man uns im ganzen Land kennt und unsere Arbeit unterstützt. Nun hat es einen Generationenwechsel gegeben. Plötzlich stellen wir fest, dass man südlich von Schleswig zu wenig über uns weiß. Wir müssen den Landtagsabgeordneten aller Fraktionen unsere Anliegen wieder deutlicher vor Augen führen. Hat dies angesichts leerer Kassen Aussicht auf Erfolg?

Hay (Grenzfriedensbund): Die Haushaltslage des Landes ist nie gut gewesen. Sie ist allerdings schlechter als früher. Aber entscheidend sind nicht die Finanzen. Entscheidend ist, dass die Wertschätzung unserer Arbeit nicht mehr so groß ist, dass manche sie gar für verzichtbar halten. Hier müssen wir nicht nur in der Landespolitik Überzeugungsarbeit leisten. Der Grenzfriedensbund hat kürzlich eine Untersuchung veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass es selbst unter den im Landesteil Schleswig lebenden jungen Menschen wenig Kenntnis über das Zusammenleben von Deutschen und Dänen gibt.

Loske (Deutscher Grenzverein): Was die rückläufigen Landeszuschüsse angeht, so sehe ich eine schleichende Schiefelage. Sie ist vielleicht nicht früh genug erkannt worden, weil einzelne grenzpolitische Aufgaben, die einst durch uns wahrgenommen wurden, vom Land übernommen worden sind.

Dethleffsen (ADS): Das mag beim Deutschen Grenzverein so sein. Bei der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig war das nicht der Fall. Die Zuschüsse sind gesunken, ohne dass wir an irgendeiner Stelle bei der Arbeit entlastet worden wären. Im Gegenteil.

Loske (Deutscher Grenzverein): Das Ergebnis ist in beiden Fällen gleich: Jetzt wird das bedrohliche Ausmaß der Entwicklung der letzten Jahre deutlich. Deshalb kann und darf die Finanzausstattung für die grenzpolitische Arbeit auch in Zeiten knappen Kassen nicht weiter zurückgefahren werden. Was die Wertschätzung dieser Arbeit außerhalb des Landesteils Schleswig angeht, stimme ich Herrn Hay zu: Sie schwindet. Das gilt indes nicht für die von uns in den drei Akademien betriebene Bildungsarbeit, die sich wachsender Wertschätzung und Beliebtheit erfreut. Dies wird durch das Land auch durch die massive finanzielle Unterstützung von Investitionsmaßnahmen gewürdigt.

Herr Dethleffsen, muss die ADS mit ihrem Schwerpunkt in der Sozialarbeit nicht damit rechnen, dass die Zahl der Aufgaben weiter wächst?

Dethleffsen (ADS): Das ist wohl so. Wir sind entstanden mit Kindergarten- und Schullandheimarbeit. Heute spielt die Jugendarbeit, die Arbeit mit Senioren und die Familienbildung und -beratung neben der Kindergartenarbeit eine immer größere Rolle. Wegen fehlender Landeszuschüsse mussten wir bereits Betreu-

ungs- Einrichtungen für Senioren schließen.

Diercks (SHHB): Ich will noch einmal zurückkommen auf die schwindende Wertschätzung unserer Arbeit. Wir sollten selbstkritisch sein: Vielleicht haben wir uns zuletzt zu sehr auf neue Aufgaben konzentriert, die uns zugewachsen sind, und dabei die grenzpolitische Arbeit vernachlässigt. Wir müssen dieses Profil erst selbst wieder schärfen und zugleich stärkere Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dazu gehört, dass wir alle wieder an einem Strang ziehen, was in der Vergangenheit nicht der Fall war. Mit der europäischen Integration wird doch immer deutlicher, dass wir als Grenzverbände etwas zu bieten haben und keine auslaufenden Modelle sind.

Dann bitte ich die Runde, doch einmal exemplarisch zu beschreiben, wie die grenzpolitischen Aufgaben der Zukunft aussehen.

Loske (Deutscher Grenzverein): Im Vordergrund steht bei uns die völkerverbindende Kulturarbeit. Wir wollen das Verständnis unter Deutschen und Dänen fördern, deutsche Kulturarbeit leisten und zugleich auch das wirtschaftliche und politische Profil der Grenzregion stärken. Schließlich wollen wir Jugendliche und Erwachsene bei der Orientierung in ihrem sozialen, kulturellen und politischen Umfeld unterstützen und zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung anregen.

Können solche Aufgaben nicht auch von anderen Institutionen wahrgenommen werden?

Hay (Grenzfriedensbund): Ich bin davon überzeugt, dass auch in Zukunft Grenzverbände dringend notwendig sind zum friedlichen Zusammenleben von Deutschen, Dänen und Friesen im Grenzgebiet. Dazu bedarf es allerdings nicht nur der Landeszuschüsse. Wir müssen gerade auch im Jugendbereich Begegnungen zwischen Deutschen und Dänen organisieren. Und wir wollen über die Publikation der Grenzfriedenshefte mit der Geschichte des Grenzlandes vertraut machen. Es ist ein Forum für Historiker auf beiden Seiten der Grenze. Dass wir bei unserer Arbeit nicht rückwärts gewandt sind, sehen Sie auch daran, dass wir in unsere Arbeit auch neue Minderheiten wie die Türken im Landesteil Schleswig einbeziehen. Hinzu kommt die Beschäftigung zum Beispiel mit Arbeitsmarktproblemen von Grenzpendlern. Das sind Aufgaben, die keine staatliche Institution übernimmt.

Herr Kracht, Sie waren lange Schulleiter im Grenzland: Teilen Sie die Einschätzung von Herrn Hay, dass sich immer weniger junge Menschen für grenzpolitische Fragen interessieren?

Kracht (SHHB): Die Beobachtung ist leider richtig. Sie liegt wohl auch an dem großen Freizeitangebot, das jungen Menschen heute zur Verfügung steht. Da schwindet das Interesse für das Grenzland, in dem man lebt, schnell. Aber das kann sich rasch ändern - spätestens, wenn die Betroffenen älter werden.

Diercks (SHHB): Wenn wir den europäischen Wettbewerb der Regionen in den Vordergrund schieben, so werden wir auch junge Menschen wieder stärker für das Grenzland interessieren. Es geht nicht um das Trennende einer Grenze, die gar nicht mehr als solche wahrgenommen wird, sondern um den friedlichen Wettbewerb in der Region und untereinander in Europa.

Loske (Deutscher Grenzverein): Diese Begegnungen gerade auch unter jungen Leuten finden in weiter steigendem Maße in unseren Bildungseinrichtungen statt. Die internationale Jugendarbeit des Jugendhofs Scheersberg ist ein leuchtendes Beispiel.

Dethleffsen (ADS): Es ist gut, dass das Trennende heute nicht mehr so im Vordergrund steht. Doch es ist ein Irrtum, wenn gerade junge Menschen glauben, die Grenze gebe es eigentlich gar nicht mehr. Dies ist ein Irrtum. Wir haben eine kulturelle Grenze, die jenseits der politischen Entwicklung bleiben wird. Was wir in völliger Übereinstimmung übrigens mit den dänischen Grenzverbänden pflegen sollten, ist die jeweilige Identität. Die Sozialarbeit der ADS ist in diesem Sinne immer auch Kulturarbeit und grenzpolitische Aufgabe. Es geht nicht um einen kämpferischen, sondern um einen nachbarschaftlichen, die Identität bewahrenden Wettstreit.

Die Zuschüsse des Landes an die vier deutschen Grenzverbände sind in den letzten Jahren deutlich zurückgefahren worden. Was passiert, wenn sie im neuen Landesetat weiter schrumpfen?

Hay (Grenzfriedensbund): Wenn die Zuschüsse weiter sinken, stellt sich natürlich irgendwann die Existenzfrage. Doch zunächst wäre im Grenzfriedensbund die soziale Jugendarbeit betroffen.

Dethleffsen (ADS): Bei der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig wäre unter anderem die Kindergartenarbeit betroffen. Auch hier käme dies die öffentlichen Kassen letztlich teurer, weil die Lasten auf die kommunalen Träger abgewälzt werden müssten. Oder die Elternbeiträge müssten weitersteigen. Deutsche Eltern wären dann schlechter dran als Eltern, die ihre Kinder in entsprechende dänische Einrichtungen schicken.

Loske (Deutscher Grenzverein): Wenn wir über die Folgen einer weiteren Kürzung von Landeszuschüssen diskutieren, dann möchte ich darauf hinweisen, dass die von uns betriebenen drei Bildungsstätten in der Region auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sind. Wir beschäftigen immerhin rund 100 Mitarbei-

ter. Bei einer Schließung von Einrichtungen hätte dies auch negative wirtschaftliche Konsequenzen für die Region. Ganz abgesehen davon, dass Bildungsangebote ersatzlos wegfielen. Ich sehe keinen anderen Träger, der Aufgaben auffangen würde, die wir heute anbieten. Die strukturellen Nachteile des Landesteils Schleswig würden sich damit weiter verstärken.

Kracht (SHHB): Man kann dies nur unterstreichen. Beim Heimatbund ist die Grenzlandarbeit verknüpft mit anderen Aufgaben des SHHB, so dass die unmittelbaren Auswirkungen weiter sinkender Landeszuschüsse speziell für die Grenzregion schwer zu quantifizieren sind. Allerdings musste der SHHB bereits letztes Jahr Stellen streichen, und das wirkt sich auch negativ auf diesen Bereich aus. **Diercks** (SHHB): Dem SHHB droht bei weiter sinkenden Landeszuschüssen zudem ein grundsätzliches Problem: Die Kern-Aufgabenbereiche sind in Gefahr. Der SHHB kann dann nicht mehr als umfassender Kulturverband arbeiten. Dann können wir die Arbeit von 330 Mitgliedsverbänden im Lande nicht mehr koordinieren. Dann verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit - nicht nur im Grenzland.

Herr Dethleffsen, die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig ist unter den vier deutschen Grenzverbänden der größte Arbeitgeber. Was würden sinkende Landeszuschüsse für wirtschaftliche Folgen haben?

Dethleffsen (ADS): Wir beschäftigen zur Zeit 486 Mitarbeiter, von denen 80 Prozent weiblich sind. Die Folgen eines erzwungenen Personalabbaus wären fatal! Aber lassen Sie mich auch dies einmal sagen: Selbst wenn gar keine Zuschüsse mehr fließen sollten, würde es weiter die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig geben. Sie gehört zu dieser Region. Nur würde diese um vieles ärmer werden. Wir müssten vor allem Kindergärten schließen, Jugendtreffs und Seniorentreffs. Auch das Haus der Familie wäre in Gefahr. Und dann entstände zwischen dem - lobenswerten - Angebot dänischer Kultureinrichtungen im Grenzland und den deutschen Angeboten eine krasse Schieflage. Das kann niemand wollen.

Herr Hay, Schlussfrage an Sie als Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion: Wie groß ist die Gefahr, dass die Landeszuschüsse an die deutschen Grenzverbände erneut gekürzt werden?

Hay (Grenzfriedensbund): Wir säßen hier nicht zusammen, wenn wir angesichts der leeren Haushaltskassen nicht die Gefahr weiterer Kürzungen sähen. Deshalb ist es gut, wenn alle vier deutschen Grenzverbände gemeinsam deutlich machen, welche Konsequenzen es hätte, wenn die Zuschüsse weiter sinken. Es würde etwas unwiederbringbar verloren gehen mit all den negativen Folgen für die ganze Region. Ich werde in meiner Fraktion für die Fortsetzung der Arbeit

der Grenzverbände werben. Sie haben nicht nur eine erfolgreiche Vergangenheit hinter, sondern eine Zukunft vor sich. Weitere Kürzungen würden alle vier Verbände in existenzielle Schwierigkeiten bringen. Ich hoffe, dass ich für dieses Anliegen im Landtag genügend Mitstreiter finde. Das gilt für alle Fraktionen. Hier sind nicht nur SPD und Grüne gefragt, hier ist auch die Opposition in der Pflicht. Und über die Unterstützung der Partei der dänischen Minderheit freue ich mich immer.

Bericht über die Jahresmitgliederversammlung 2003

Unsere Mitgliederversammlung fand am 10. Mai in Husum statt. Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Ulf von Hielmcrone eröffnete die Versammlung und begrüßte zahlreiche Gäste aus der Politik und von den befreundeten Grenzverbänden. In verschiedenen Grußworten wurde die Arbeit des Grenzfriedensbundes gewürdigt. Dabei wurden insbesondere die Grenzfriedenshefte lobend erwähnt. Das Grußwort der Minderheitenbeauftragten Renate Schnack veröffentlichen wir im Anschluss an diesen Bericht.

Die Geschäftsführerin erläuterte den Geschäfts- und Kassenbericht. Sie berichtete über die vielen Gespräche, die angesichts der Mittelkürzungen durch das Land im letzten Jahr geführt werden mussten. Das Thema bei allen diesen Veranstaltungen war Vermittlung von Wissen über unsere Arbeit und – natürlich – über die notwendige finanzielle Ausstattung, damit die Arbeit auch fortgeführt werden kann. Die vier Grenzverbände, Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), Deutscher Grenzverein, Schleswig-Holsteinischer Heimatbund (SHHB) und der Grenzfriedensbund, waren bei der Leiterin der Staatskanzlei, Frau Wolff-Gebhardt, um die Probleme darzustellen. Auch haben wir einen Parlamentarischen Abend im Landeshaus veranstaltet. Hier haben sich die Grenzverbände in kurzen Vorträgen, unterstützt durch eine Power-Point-Präsentation, vorgestellt und für Unterstützung geworben. Weiterhin gab es viele Treffen auf Geschäftsführer- und Vorstandsebene. Bei vielen dieser Gespräche war auch die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack dabei. Dafür dankte ihr Frau Schumann ausdrücklich.

Der 2. Dialog Grenzfriedensbund zu dem Thema „Arbeit grenzenlos?“ (siehe Grenzfriedenshefte 4/2002) stieß auf große Resonanz. Es war eine gelungene Veranstaltung, die uns bestärkt hat, auf diesem Gebiet weiterzumachen.

Im Kassenbericht stellte die Geschäftsführerin Einnahmen und Ausgaben aus den Jahren 1992, 1997 und 2002 gegenüber. Es ergab sich folgendes Bild (Auszug und gerundete Beträge):

	1992	1997	2002
<u>Einnahmen:</u>			
Landesmittel	126.000 €	98.000 €	71.400 €
Mitgliedsbeiträge	8.000 €	10.000 €	12.000 €
<u>Ausgaben:</u>			
Personalkosten	27.500 €	27.500 €	25.000 €

Bewirtschaftungskosten	13.000 €	8.000 €	6.500 €
Beihilfen für Schulfahrten	58.000 €	31.000 €	31.000 €
Beihilfen für Familien	15.000 €	15.000 €	1.300 €
Grenzfriedenshefte	18.500 €	19.000 €	19.000 €

Es ist zu sehen, dass der Grenzfriedensbund drastische Mittelkürzungen hinnehmen musste und alle Möglichkeiten zu sparen ausgeschöpft hat. Eine weitere Einschränkung bei der Sozialarbeit ist nicht mehr möglich.

Den Bericht der Revisoren verlas Herr Kuhlmann. Es ergaben sich keine Beanstandungen. In der folgenden Aussprache gab es eine Verständnisfrage zum Kassenbericht. Außerdem dankte Herr Doose von der Hermann-Tast-Schule in Husum für die Unterstützung bei der Finanzierung von Klassenfahrten trotz der Mittelkürzungen. Als Sprecherin des Arbeitskreises „Harrislee-Bahnhof“ bedankte sich Anke Spoorendonk herzlich beim Grenzfriedensbund und besonders beim Redakteur Dr. Jörn-Peter Leppien für die Bereitschaft, die Themen der Arbeitsgruppe aufzugreifen und ihre Ergebnisse in den Grenzfriedensheften sowie als Sonderpublikation zu veröffentlichen.

Anschließend wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Aus dem Vorstand scheidet Frau Gutmann (nicht anwesend) und Frau Seefeld aus. Der stellvertretende Vorsitzende Dr. von Hielmcrone dankte den beiden Damen für ihre langjährige Mitarbeit und überreichte Frau Seefeld eine Erinnerungsgabe sowie einen Blumenstrauß. Der Vorstand setzt sich nach den einstimmigen Wahlergebnissen wie folgt zusammen:

Lothar Hay, Flensburg	Vorsitzender
Dr. Ulf von Hielmcrone, Husum	stellvertretender Vorsitzender
Ilse Bock, Tönning	Beisitzerin
Rolf Fischer, Kronshagen	Beisitzer
Ilse Sörensen, Büdelsdorf	Beisitzerin
Wolf Uhlemann, Mildstedt	Beisitzer
Frithjof Witte, Flensburg	Beisitzer.

Auch in diesem Jahr waren langjährige Mitglieder zu ehren.

Folgende Mitglieder gehören

dem Grenzfriedensbund *25 Jahre* an: Seit *40 Jahren* Mitglied sind:

Dieter Brandt, Flensburg	Heinz-Dieter Berg, Flensburg
Margot Duus, Flensburg	Annegret Höppner, Bad Salzuflen
Knut Franck, Flensburg	Adolf Knottnerus-Meyer, Flensburg
Edith Gerstenberg, Flensburg	Wilhelm Martensen, Fockbek
Dr. Jürgen Jensen, Kiel	Jürgen Mohr, Elsdorf

Peter Krohn, Flensburg
Henning Sierks, Flensburg

Wilhelm Sell, Flensburg

Unsere Arbeit wird seit *50 Jahren* unterstützt von: Dr. Erwin Obermeier, Eutin.
Lediglich Herr Wilhelm Martensen war anwesend und erhielt vom stellvertretenden Vorsitzenden eine Urkunde und die Medaille.

Den dann folgenden Vortrag von Thede Boysen drucken wir in voller Länge in diesem Heft ab.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen endete die Versammlung.

Ingrid Schumann

Grußwort der Minderheitenbeauftragten bei der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes

Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt gerne nutzen, um für die heutige Einladung und die Kontakte das ganze Jahr über zu danken und Ihnen allen die Grüße von Ministerpräsidentin Heide Simonis zu überbringen.

Der Grenzfriedensbund nimmt im Kreis der vier deutschen Grenzvereine seit seiner Gründung eine besondere Rolle ein:

- durch die spezielle Aufgabenstellung und die Schwerpunkte, die er setzt,
- und da ganz besonders durch die Herausgabe der Grenzfriedenshefte, die – einzigartig in dieser Form – sowohl die Arbeit des Grenzfriedensbundes darstellen als auch die gesamte Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland und bei den Minderheiten und Volksgruppen dokumentieren, analysieren und zur Diskussion stellen.
- Die Beiträge in den Grenzfriedensheften sind wertvolle Quellen und unverzichtbar für eine Meinungsbildung und Orientierung im Grenzland.
- Die Schriften verknüpfen die historische Ausgangslage mit der aktuellen Entwicklung, deren Zeitzeugen und Akteure wir sind. Kenner schätzen die Grenzfriedenshefte, ich wünsche, sie wären sowohl in der Region Schleswig/Sønderjylland als auch darüber hinaus noch stärker verbreitet! Und ich würde es auch begrüßen, wenn die Presse die Themen der Hefte stärker an die Öffentlichkeit transportierte!
- Wer die Arbeit des Grenzfriedensbundes über die Jahrzehnte verfolgt hat, weiß um die Bedeutung von 50 Jahren Grenzfriedensheften, die den Wandel widerspiegeln und einen Wandel in der Betrachtung und Interpretation der Ereignisse im Grenzland und in der Minderheitenpolitik auch aktiv herbeigeführt haben.
- Eine regelmäßig erscheinende Schrift als Beitrag zu Frieden und Verständigung? Dafür ist auch aktuell Bedarf. Die Anstrengungen des

Redaktionsausschusses sind bemerkenswert und verdienen unseren Respekt.

- Die Professionalität und das Niveau lassen nicht vermuten, dass es sich – neudeutsch – um ein lowbudget-Unternehmen handelt!

Die klassische Sichtweise auf das Grenzland weiterzuentwickeln und das Lebensgefühl in einem Grenzland mit seinen Vor- und Nachteilen für Grenzpendler, Jugendliche, andere Minderheiten als die nationalen oder europäische Nachbarschaften in anderen Regionen aufzuspüren, all das führt zu einer tieferen Wahrnehmung der gesellschaftlichen Bedeutung von „Grenzfrieden“ und „Identität“.

*Für das interkulturelle Verständnis,
für das interkulturelle Klima in unserer Gesellschaft
in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik
ist ein solches bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar.*

Deshalb muss es gelingen, diejenigen, die über die Fortsetzung Ihrer Arbeit zu entscheiden haben, von der Bedeutung Ihrer Arbeit und der Notwendigkeit einer entsprechenden finanziellen Grundausstattung zu überzeugen.

Das müssen Sie alleine als Grenzfriedensbund, das haben Sie auch gemeinsam versucht im Zusammenwirken aller vier Grenzverbände.

Die Botschaft war und ist: Die Arbeit der Grenzverbände in ihrer unterschiedlichen Ausprägung trägt zur kulturellen Vielfalt in der Region und zum friedlichen Miteinander der Kulturen bei. Das historische Wissen und die aktuellen Kompetenzen der Grenzverbände müssen weiter entfaltet und genutzt werden – auch angesichts der europäischen Herausforderungen an Grenzregionen.

Die Botschaft ist aber auch: Keine Organisation, und sei sie noch so guten Willens, kann mit immer weniger Geld die Arbeit wie gewohnt aufrechterhalten oder sich gar neuen Aufgaben in unserer Gesellschaft zuwenden. Deshalb brauchen die Grenzverbände neben der kulturpolitischen Anerkennung auch eine finanzielle Ausstattung, mit der eine gewisse Planungssicherheit verbunden wäre.

Nachdem Sie bereits Spitzengespräche im Schleswig-Holsteinischen Landtag geführt haben, wollen wir demnächst gemeinsam Ministerpräsidentin Heide Simonis die gesellschaftlichen und regional- und kulturpolitischen Konsequenzen, die sich zwangsläufig aus weiteren Absenkungen der Landeszuschüsse ergeben werden, in der gebotenen Eindringlichkeit darlegen.

Der Zeitpunkt für die entscheidende Weichenstellung ist Jahr für Jahr näher gekommen, jetzt, für die Haushalte 2004/05, ist er eindeutig da: Jetzt geht es um ein klares Ja zur weiteren aktiven, engagierten Förderung der Grenzlandarbeit der Grenzvereine.

Die Entscheidung muss dieses Jahr fallen und sie wird – davon bin ich überzeugt – positiv ausfallen!

Liebe Leserinnen und Leser,
die Rubrik „Umschau“ erhält ab der vorliegenden Ausgabe der Grenzfriedenshefte ein etwas verändertes Gesicht. Über die Dokumentation ausgewählter Presseberichte mit Bezug auf das Grenzland und das deutsch-dänische Verhältnis hinaus werden Berichte, deren Themen besonders wichtig erscheinen und/oder ein großes Echo ausgelöst haben, fortan mit Hintergrundinformationen über den weiteren Verlauf der Dinge und etwaige Reaktionen ergänzt. Für die redaktionellen Hinweise und die Übersetzung der dänischsprachigen Artikel zeichnet Gerret Liebing Schlaber verantwortlich.

Die Redaktion

Die Wanze des Herrn Rasmussen

Vertrauliche Diplomatie als TV-Spektakel: Wie sich der dänische Regierungschef freiwillig ins Abseits stellte.

So richtig gehört Dänemark ja eigentlich gar nicht zur EU. Statt mit dem Euro zahlt man in Kopenhagen und Umgebung immer noch mit der Krone, Volksabstimmungen über Europa schrammen mit schöner Regelmäßigkeit nur knapp an einer Katastrophe vorbei. Irgendwie sind die Dänen anders als der Rest Europas. Sie machen nicht mit bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, auch nicht bei der gemeinsamen Grenzsicherung. Dennoch sind sie im Kreis der EU-Länder wohl gelitten. Bis jetzt jedenfalls.

Denn was sich Regierungschef Anders Fogh Rasmussen jetzt geleistet hat, könnte Dänemark in Europa endgültig ins Abseits stellen. Dänische Transparenz wird vielleicht dazu führen, dass Dänemark, zumindest aber Rasmussen in Europa zum Paria wird. „Mit dem redet keiner mehr“, heißt es bei zahlreichen EU-Regierungen. Die Vorgeschichte ist nahezu einmalig in der EU: Ohne die übrigen EU-Partner zu informieren, hatte Rasmussen während der dänischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2002 einem TV-Team erlaubt, ihn bei allen Ereignissen zu begleiten. Fast immer trug Rasmussen dabei ein kleines, verstecktes Mikrofon am Revers, das alle Gespräche aufzeichnete, die Rasmussen während der sechsmonatigen EU-Ratspräsidentschaft führte. Besonders pikant: Während der delikaten Erweiterungsverhandlungen im Dezember in Kopenhagen, als es auch darum ging, ob die Türkei näher an die EU

heranrückt, schaltete Rasmussen sein Mikrofon frei. Mit diplomatischen Folgen für den ganzen Alten Kontinent.

Dank der Wanze an Rasmussens Revers weiß jetzt die geneigte Öffentlichkeit, dass Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac Angst vor den heimischen Bauern hat und deswegen an den Agrarsubventionen nicht rütteln darf. Ein 45-minütiger Fernsehbeitrag, gespeist aus den geheimen Mitschnitten, diskreditiert die EU-Politik als ein einziges Geschacher und Gefeilsche. Peinlich für die deutsche Bundesregierung, für Außenminister Joschka Fischer ist demnach das Lavierende in der Türkei-Frage. „Hab ich dir schon gesagt, dass Joschka Fischer innerhalb von zwölf Stunden dazu drei verschiedene Meinungen hat?“, fragt Dänemarks Außenminister Per Stig Moeller den Ministerpräsidenten Rasmussen. „Er hat mir gesagt, dass unbedingt die eine oder andere Form der Angliederung gefunden werden müsse, aber dass die Türkei niemals Mitglied der EU sein wird“, plaudert Moeller laut Fernsehbeitrag weiter aus. Ein diplomatischer GAU. Umgehend musste Berlin in Ankara erklären, dass die Haltung der Bundesregierung zu einem türkischen EU-Beitritt positiv sei. Ob die Wogen damit geglättet werden können, ist offen. Auch Russlands Staatspräsident Putin kommt dank Rasmussens Wanze schlecht weg. Auf kritische Fragen von Journalisten zum Tschetschenien-Krieg mault er vernehmbar „Banditen“ ins Mikrofon. Rasmussens nordische Transparenz hat halb Europa blamiert, denn auch Bundeskanzler Gerhard Schröder bekommt in dem Beitrag sein Fett weg. Rasmussen war verärgert, dass ihm Schröder beim Kopenhagen-Gipfel die Show gestohlen hatte, als er den Durchbruch bei den Agrarverhandlungen mit Polen verkündete, bevor Rasmussen sich als erfolgreicher EU-Ratspräsident feiern lassen konnte. Die Verstimmung auf dem Alten Kontinent ist jedenfalls hinter den Kulissen spürbar. Und niemand der Staats- und Regierungschefs möchte gerne an seine lobenden Worte für Rasmussen nach dem Kopenhagener EU-Gipfel erinnert werden.

Allerdings: So überraschend kommt die dänische Offenheit nicht über Europa. 1995 sorgte schon einmal skandinavische Transparenz für Unmut in der EU. Die dänische Umweltkommissarin Ritt Bjerregaard hatte ohne Wissen der EU-Behörde ihr privates Tagesbuch über den europäischen Alltag in Brüssel veröffentlicht und aus dem Nähkästchen geplaudert. In der EU finde sich eine „Ansammlung von Heuchlern und Intriganten“, schrieb sie damals. Einige Spitzenpolitiker, wie der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, seien „ganz eindeutig abwesend“, Jacques Chirac sei ein „unhöflicher Gastgeber“. Und ihr oberster Dienstherr, der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Santer, sei ein „Schwächling“. Die dänische Dame erhielt damals einen heftigen Rüffel, und fortan wurde es in Brüssel einsam um sie. Das gleiche Schicksal droht jetzt auch Anders Fogh „die Wanze“ Rasmussen.

Andreas Middel, in: Die Welt, 26.4.2003

Die Sendung „Fogh bag Façaden“ sorgte bereits vor der Ausstrahlung (DR 1, 22.4.2003) in Dänemark und im Ausland für Wirbel. Der Staatsminister hatte den Film vorher zu sehen bekommen und die Sendung mit den genannten Indiskretionen genehmigt. Schließlich musste er sich zu einer Entschuldigung unter anderem bei Schröder und Chirac durchringen.

Personalien: Aage Bjerre

Aage Bjerre, 44, dänischer Pizzabäcker, eröffnete an der Nordseeküste eine neue Front im Irak-Konflikt. Der George-Bush- Verehrer und Amerika-Freund verhängte in seiner Pizzeria auf der auch bei deutschen Touristen beliebten dänischen Ferieninsel Fanø eine Pizzablockade gegen Deutschland und ein Ausschankverbot für Weine aus Frankreich, weil die beiden Länder nicht ohne weiteres mit den USA gegen Saddam Hussein in den Krieg ziehen wollen. „Ich bin stinksauer auf die Deutschen und die Franzosen“, erklärte Bjerre gegenüber dänischen Medien. „Die Franzosen sind Feiglinge, die haben bei mir Quarantäne auf Lebenszeit. Und so lange die Deutschen so illoyal gegenüber den USA auftreten, werde ich ihnen auch kein Essen mehr zubereiten.“ Um seinen Worten Nachdruck zu verleihen, kippte der kriegerische Bjerre vor der Tür seines Restaurants „Aages Pizza“ einen Dom Perignon (Jahrgang 1995) sowie ein gutes Dutzend Flaschen französischen Rotweins in den Gully und klebte ins Fenster zwei Piktogramme in den französischen und deutschen Landesfarben, eine Art „Franzosen und Deutsche unerwünscht“. Nicht alle Dänen betrachten Bjerres Treiben mit Nachsicht. Nachts flog schon mal ein Blumentopf durch die Schaufensterscheibe, und bei der Polizei wurde der stramme Pro-Amerikaner wegen Vergehens gegen das dänische Anti-Rassismusgesetz angezeigt. Bjerre gibt sich unbeeindruckt: „Auch wenn sie mir jetzt eine Geldbuße aufbrummen – das ist mir die Sache wert.“

Der Spiegel 10, 3.3.2003

Von einzelnen Ausnahmen abgesehen stieß „Pizza-Aage“ in ganz Dänemark auf große Empörung und wurde wegen „Ungleichbehandlung“ nach dem dänischen Anti-Rassismusgesetz angeklagt. Das Medien-Echo in Dänemark und Deutschland war erheblich, und das nicht zum Vorteil des Dänemark-Bildes in Deutschland. Es sei an dieser Stelle die Frage angemerkt, ob es wirklich nötig ist, einer solchen billigen privaten Entgleisung in diesem Maße Aufmerksamkeit zu schenken.

Ehrerbietiger Respekt für die Toten des Feindes

Düppel-Tag: Zum zweiten Mal seit 1920 ist Dänemark im Krieg, während die gefallenen Soldaten des Krieges von 1864 geehrt werden.

Es waren nicht die Gegner einer nun gemeinschaftlich von Dänen und Deutschen begangenen Erinnerungszeremonie des Sturms auf Düppel am 18.4.1864, die sich auf den Düppeler Höhen versammelten. Ganz gleich wieviel man fragte, es ließ sich niemand finden, der sich nicht damit einverstanden erklärte, das Dänen und Deutsche nun Seite an Seite stehen und Kränze an den Gedenksteinen niederlegen. Dieses einseitige Ergebnis der „Meinungsumfrage“ kann natürlich auch so gedeutet werden, dass die Gegner sich dermaßen gegen die, wenn man den wahren Sturm der Leserbriefe berücksichtigt, umstrittene dänische-deutsche Gemeinsamkeit auf Düppel stellen, dass sie lieber zu Hause bleiben. Die von mehreren hundert Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren besuchte Gedenkfeier war im Großen und Ganzen eine Wiederholung der letztjährigen, als man erstmals eine gemeinsame Zeremonie für dänische und deutsche Soldaten und Zivilpersonen durchführte.

Da der 18. April dieses Jahr auf den Karfreitag fiel, war die Zahl der Soldaten deutlich geringer. Von der Sonderburger Unteroffiziersschule des Heeres kamen nur etwa 30 der 300 Anwärter. Dafür nahm eine Abteilung der Heimwehr teil. Vom Panzergrenadierbataillon in Ahlen waren nur 15 Soldaten gegenüber doppelt so vielen im Vorjahr erschienen.

Garnisonskommandant Oberstleutnant J. P. Rasmussen, dankte dafür, dass die Bevölkerung ungebrochen an der Tradition auf Düppel festhält. Er erklärte, dass die gemeinsame deutsch-dänische Gedenkfeier zeige, dass längst eine Aussöhnung stattgefunden habe, so dass man gemeinsam der toten Soldaten gedenken könne. „In diesem Jahr ist das dänische Militär in der besonderen Lage, dass sich das Land im Kriegszustand mit dem Irak befindet, während wir die Gefallenen von 1864 ehren“, sagte der Oberstleutnant. Doch ist es nicht zum ersten Mal, dass die Gedenkfeier vor dem Hintergrund des Krieges stattfindet. Das war auch im Zweiten Weltkrieg der Fall, und J. P. Rasmussen zitierte den damaligen Garnisonskommandanten mit den Worten: „Wir haben nun unsere eigenen Gefallenen begrüßt, doch unsere Ehrung gilt auch ihren 28 Gegnern, die nun friedlich an ihrer Seite im gemeinsamen Grab ruhen. Als Soldaten grüßen wir ehrerbietig auch den Feind, der mutig sein Leben für die Pflichterfüllung eingesetzt hat.“

„Dieser ehrenvolle Gruß an die gefallenen preußischen Soldaten, während Dänemark mit Deutschland im Krieg war, ist ein Zeichen des Respekts für den gegnerischen Soldaten, der in einem Krieg nicht ungewöhnlich ist“, sagte J. P. Rasmussen. Er machte in diesem Zusammenhang auf eine häufig gebrauchte Inschrift auf den Gedenksteinen der gemeinsamen Gräber von 1864 aufmerksam,

die da lautet: „Der Frieden des Todes vereint, was die Kämpfe des Lebens trennen.“

Die aktuellen Diskussionen über dänische Identität und über Düppel deutete der Oberstleutnant als Ausdruck dafür, dass es nach wie vor gute Gründe für eine Fortsetzung der feierlichen Begehung des 18. Aprils auf Düppel gebe.

Finn Bach, in: Jydske Vestkysten, 19.4.2003

Wie bereits im Vorjahr wurde die traditionelle Gedenkfeier an die Schlacht von Düppel am 18.4.1864 unter Beteiligung deutscher Soldaten begangen. Allerdings war dies keineswegs unumstritten. Bereits seit Februar ist in der dänischen Presse, namentlich in Jydske Vestkysten, eine Leserbrief-Debatte in Gang, die bei Redaktionsschluss noch anhält. Dabei gab es viele Stimmen, die eine Feier ohne deutsche Beteiligung vorziehen, wobei tatsächlich die Rolle der Deutschen als Gegnerin diesem historischen Konflikt als Hauptargument dient. Den Initiatoren werfen die Gegner Geschichtslosigkeit und mangelnde Sensibilität für die Besonderheit und Befindlichkeiten der Region und ihrer (dänischen) Bevölkerung vor. – Anlässlich der diesjährigen Gedenkfeier wurde auch die Rekonstruktion einer Schanze am „Historiecenter“ eingeweiht – mit einem Salutschuss aus einem ebenfalls neu erworbenen Nachbau einer Kanone der damaligen Zeit. Im nächsten Jahr sollen weitere „Rekonstruktionen“ von Kriegsbauten und -material folgen. Die seinerzeit noch viel gewaltigeren Ausbaupläne des Historiecenters hatten erheblichen Wirbel ausgelöst (Vgl. Bericht von René Rasmussen in: Grenzfriedenshefte 2, 2000, S. 151-178).

5. Mai: Gedenkfeiern und scharfe Worte

83 gefallenen Freiheitskämpfern wurde gedacht. Forscher über die Besatzungszeit wurden bei der gestrigen Gedenkfeier auf Skamlingsbanke kritisiert.

Es werden Bücher über die Besatzungszeit 1940-45 geschrieben, und es wird darüber geforscht, was die Widerstandskämpfer wie auch Politiker und Wirtschaftsvertreter zu ihren Handlungen motivierte. Doch die Forscher bekamen keine sanften Worte mit auf den Weg, als gestern am Tag der Befreiung Dänemarks eine Gedenkfeier am Glockenturm auf Skamlingsbanke abgehalten wurde. 83 Freiheitskämpfern aus Süd- und Süderjütland, die während der fünf verfluchten Jahre ihr Leben ließen, wurde gedacht. Ihr Einsatz soll nicht Gegenstand der Bewertung durch Forscher werden, waren sich die beiden Hauptredner einig.

„Es ist schön, dass das Interesse für die Besatzungszeit groß ist. Aber ich bin

skeptisch, wenn Forscher bewerten und schlussfolgern wollen, was unter der Besetzung richtig oder verkehrt gemacht wurde. Man kann sich als verwöhnte Dänen von heute nicht mehr in die Verhältnisse versetzen, die damals herrschten“, sagte der Bürgermeister der Kommune Christiansfeld, Jørgen From (Venstre). Der andere Hauptredner war der frühere Widerstandskämpfer, Oberarzt Jørgen Kieler. Er beklagte, dass einige Forscher die Sabotageakte der Widerständler mit Terrorismus verglichen haben – und die Motive für die Verschiffung der Juden nach Schweden in Frage stellten.

Die Gedenkfeier war von der Region Drei der Widerstandsbewegung arrangiert worden, und es gab Fahnen, Kranzniederlegungen, Lieder und was sonst noch dazu gehört. [...]

Palle Andersen, in: Jydske Vestkysten, 6.5.2003

Zusammenarbeit zwischen Universitäten in Gefahr

Deutsche Planungen gefährden die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Syddansk Universität und Flensburg.

Es gibt Knatsch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Flensburg und Sonderburg. Und damit wird ein universitärer Erfolg bedroht. Die Neubauten der Syddansk Universität sollen 2006 am Alsensund fertig stehen. Doch deutsche Planungen schaffen noch vor dem Baubeginn neue Hindernisse. Die Zukunftspläne und nicht zuletzt die ökonomischen Verhältnisse in Sonderburg hängen stark von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und dem internationalen Profil der Hochschule ab, und dafür ist die Flensburger Universität ein entscheidender Partner. Doch der Landtag in Kiel will auf Empfehlung [des Erichsen-Reports] die beiden mit Syddansk Universität gemeinsamen Studiengänge an die Fachhochschule verlegen. Dies bedeutet eine kürzere Studiendauer und eine mehr praktische Ausrichtung, aber auch weniger wissenschaftliche Inhalte und eine weit geringere Gewichtung der Forschung. „Wir fürchten wirklich, dass die Qualität darunter leidet, wenn die deutsche Seite die Pläne umsetzt, weil beide Studiengänge nicht wirklich an eine Fachhochschule mit technischer Ausrichtung gehören. Von Dozenten und dänischen Studierenden wissen wir, dass sie nicht umziehen wollen, und damit fiel die Grundlage beider Studiengänge fort. Die Lage ist ernst, denn wenn das Fundament der Brücke, die wir bauen, auf deutscher Seite wackelt, haben wir auch in Sonderburg ein Problem“, sagt Jens Oddershede, Rektor der Syddansk Universität.

[...] Er kann nicht sagen, was die Syddansk Universität unternehmen würde [etwa einen anderen Partner in Deutschland suchen], doch hat er bereits Protest gegen die Pläne auf der anderen Seite der Grenze angemeldet. Gleiches hat

Amtsbürgermeister Carl Holst getan. In einem Schreiben an Ministerpräsidentin Heide Simonis hat er diese aufgefordert, sich der Sache anzunehmen: „Es wäre sehr bedauerlich, wenn ein bedeutender Erfolg der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verloren ginge. Daher hoffe ich, dass die gute Verbindung Sonderburg-Flensburg bewahrt werden kann“, sagt der Amtsbürgermeister.

Claus Baggersgaard und Poul-Erik Thomsen, in: Jydske Vestkysten, 6.5.2003

Eine Kommission unter dem Vorsitzenden der deutschen Hochschulrektoren-Konferenz, Hans-Uwe Erichsen, hatte bedeutende Umstrukturierungen in der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft angemahnt, die auch die Flensburger Universität massiv betreffen. Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest, ob die Landesregierung den Bericht vollständig umsetzen will oder ob die zahlreichen Proteste aus Flensburg und Dänemark Wirkung gezeigt haben.

Das Nydamboot und die königliche Friedensbotschaft

Großer Bahnhof für das Nydam-Boot: Königin Margrethe hat eine Ausstellung des dänischen Nationalmuseums mit der berühmten Gottorfer Leihgabe gestern vor mehreren 100 geladenen Gästen eröffnet.

Königin Margrethe fasste sich kurz, was das Nydam-Boot angeht, aber mit den Worten der Majestät war trotzdem alles gesagt. Auf genial einfache Weise befriedete die Monarchin das lange Tauziehen, ob das Nydam-Boot aus einem Moor bei Sonderburg denn nun Deutschland oder Dänemark gehört: „Das wechselvolle Dasein des Nydam-Bootes seit seiner Entdeckung 1863 hat es mit der Geschichte der ganzen Region, ja mit der Geschichte Dänemarks und Deutschlands verwoben“, stellte die Regentin fest. Darin steckte zum einen die Botschaft: Mögen sich die Menschen beiderseits der Grenze doch einfach gemeinsam freuen, dass es in ihren Breitengraden diese archäologische Sehenswürdigkeit von Weltrang gibt. [...]

Gottorfs Archäologie-Direktor Prof. Claus von Carnap-Bornheim [...] erinnerte in seiner auf dänisch gehaltenen Ansprache an die gemeinsamen Wurzeln seines Hauses und des dänischen Nationalmuseums. [...] Der Leihgeber des Boots stellte die gemeinsame Forschung von Deutschen und Dänen in der Wikingersiedlung Haithabu und an der Festungsanlage Dannewerk heraus. Die Leihgabe des Boots wertete er vor diesem Hintergrund als „neuen Meilenstein einer alten Partnerschaft“. Erstmals werde das älteste Hochseeschiff Nord- und Mitteleuropas mit zahlreichen, in den 1990er Jahren gemachten Funden aus dem Moor von Nydam ausgestellt. Nationalmuseums-Direktor Carsten Larsen betonte, dass die Initiative zu der Leihgabe von von Carnap-Bornheim ausgegangen sei.

Er bedankte sich, dass Gottorf damit einen lang gehegten Wunsch erfüllt habe.

Flensburger Tageblatt, 10.5.2003

„Kein Grund wegzulaufen“

BdN-Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen schüttelt über VBN-Wirbel in Rapstedt den Kopf

Es sei geradezu „abwegig, den Begriff ‚deutsch‘ zu streichen, nur weil es viele Mischehen“ zwischen deutschen Nordschleswigern und Dänen „gibt“, meinte Hansen. Beim Entfall des Begriffs „Deutsch“ haben diese Leute nichts mehr bei uns zu suchen. Wenn der BdN-Ortsvorstand Rapstedt meine, dass der Begriff „Deutsch“ abschreckend wirke, „kann er ja für sich einen eigenen Verein gründen und sehen, wie viele Mitglieder er erhalten wird“, sagte Hansen. Sehr wohl erkenne er an – und das habe er auch in der Vergangenheit wiederholt geäußert –, dass es gegenüber dem Deutschen in Dänemark Vorbehalte gebe. „Das ist aber für uns kein Grund, den Schwanz einzuziehen und wegzulaufen!“ Über die Begründung des Vorstandes, „wenn wir für die bunten Abende zuständig sind, dann ist die Namensänderung nur legitim“, wie sie Martin Christiansen, Horns, gestern im Nordschleswiger äußerte, ließe sich lachen, meinte der Hauptvorsitzende. „Das klingt ja geradezu humoristisch!“

Im Übrigen, mahnte der BdN-Chef, sei es wohl angezeigt, dass man bei Absicht eines Wechsels der Vereinsbezeichnung erst einmal mit Vertretern des BdN-Hauptvorstandes spreche. Eine Namensänderung könne ein örtlicher Vorstand „doch nicht allein beschließen; dazu muss eine Generalversammlung eine Entscheidung treffen“. Beschließe sie Ähnliches, „dann ist das zu prüfen.“ Ein Ortsverein sei überdies Teil des gesamten BdN, unterstrich Hansen und deutete damit an, dass es ihm nicht zustehe, den Namen nach Lust und Laune zu ändern.

Der Nordschleswiger, 22.5.2003

Umzug nach Flensburg endgültig geplatzt

Sønderjyske HK wird stattdessen drei bis vier Spiele in Hadersleben austragen
Der Umzug von Sønderjyske HK in die Flensburger Campushalle ist endgültig geplatzt. Der Vorstand von Dansk Håndbold Forbund (DHF) bestätigte die Entscheidung des eigenen Turnierausschusses und verweigerte dem Liga-Aufsteiger das Punktspiel gegen den frischgebackenen dänischen Handball-Meister Slagelse FH im Ausland auszutragen. Sønderjyske HK hatte eine Doppelveranstaltung mit der SG Flensburg-Handewitt in der 6.000 Zuschauer

fassenden Arena in Flensburg geplant.

„Eine hervorragende Idee ist mausetot – vom DHF abgeschossen“, ärgert sich der sportliche Leiter von Sønderjyske HK, Poul-Erik Thomsen, mit dem Schreiben des dänischen Verbandes in der Hand. Spiele der DHF-Punktrunde müssen in Dänemark ausgetragen werden, schreibt der Verband und führt an, dass erstens Spieler, Betreuer und Schiedsrichter im Ausland nicht versichert wären, zweitens die Fernsehabsprache mit DR und TV2 den DHF dazu verpflichtet die Spiele in Dänemark auszutragen und drittens, dass der gegnerischen Mannschaft Mehrausgaben aufgezwungen würden.

„Das erste Problem könnte man mit einer Versicherung für das eine Spiel leicht lösen, und ich bin mir sicher, dass die Fernsehanstalten mit Freude ein solches Event annehmen würden – und kann Slagelse die Mehrausgaben für die letzten 25 Kilometer nicht verkraften, werden wir schon noch die paar Kronen zusammenkratzen können...“, so Poul-Erik Thomsen: „Es wäre alles relativ leicht zu lösen, aber DHF hat sich offensichtlich dazu entschieden, dass wir einfach nicht dürfen.“

Der dänische Verband führt an, dass eine Sondererlaubnis für den SHK unüberschaubare Konsequenzen mit sich führen würde. „Die Entscheidung ist prinzipiell – wenn wir einmal ‚Ja‘ sagen, müssen wir auch beim nächsten Mal ‚Ja‘ sagen“, meint DHF-Generalsekretär Lars-Erik Klem und weist auf die Fernsehverträge mit DR und TV2 hin: „Was ist, wenn Ajax in Malmö spielen will und TV4 übertragen lässt? Die Fernseh- und Werbeverträge sowie die Versicherungsfrage sind die wichtigsten Punkte, und deswegen sind wir nach langer Diskussion bei einem Nein gelandet, obwohl wir es als ein interessantes Projekt ansehen.“

Der Deutsche Handball Bund (DHB) würde bei der Planung einer Doppelveranstaltung keine Steine in den Weg rollen. „Ich kenne den Sachverhalt nicht, aber wir hätten keine Probleme damit – im Gegenteil“, sagt Harald Wallbaum, Manager des DHB, auf Anfrage: „Dänemark ist im Frauenhandball führend, und eine solche Veranstaltung würde den Handballsport als solches voranbringen.“ [...]

Der Nordschleswiger, 9.5.2003.

Nicht „oben“ auf der Tagesordnung beim Amt

Nordschleswigs Amtsbürgermeister Carl Holst lieferte Bestandsaufnahme der Partnerschaftsabsprache mit Kiel

Im Juni ist es zwei Jahre her, dass Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) und Nordschleswigs Amtsbürgermeister sich auf den

Ochseninseln feierlich und bei Kaiserwetter das „Jawort“ gaben und die Partnerschaftsabsprache zwischen Kiel und Apenrade Unterzeichneten. Seither ist von dieser auf konkrete Projekte ausgerichteten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (noch) nicht viel zu hören gewesen. Auf den Ochseninseln versprach man sich aber, die Zusammenarbeit zu konkretisieren und auf Projekte auszurichten, aber in seiner Bestandsaufnahme an den Amtsrat „relativiert“ Carl Holst dies Ziel:

„Die ersten Jahre mit der Partnerschaftsabsprache werden dazu verwandt, administrativ zu präzisieren, wo es gemeinsame Kompetenz und Berührungsf lächen gibt zwischen Sønderjyllands Amt und den Ministerien in Kiel – und um die Amtsverwaltung und die Fachministerien in Kiel dafür zu interessieren, in auserwählten Bereichen der regionalen Planung, im Transportsektor und in der Logistik, Kultur und im Umweltbereich deutsch-dänische Arbeitsgruppen zu bilden!“

In seiner Bestandsaufnahme stellt Holst aber auch klar, dass die Partnerschaftsabsprache ausdrücklich nicht die Zusammenarbeit mit den Partnern im Regionalrat und dessen Ausschüssen begrenzen, sondern dass sie diese ergänzen und unterstützen solle.

„In der Verbindung hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, an der Arbeit des Regionalrates aktiv mitzuwirken, indem man eine Vision für die Grenzregion erarbeitet“, so Holst, der in letzter Zeit ja bekanntlich selbst keinen Hohl daraus gemacht hat, dass er sich um die Zukunft der Regionalratszusammenarbeit große Sorgen macht. Und die Unterschiede zwischen dem Amt und den Partnern des Amtes – auf der einen Seite Kiel auf der anderen die Regionalratspartner – würden bei einer kommenden Kommunalreform noch größer, so Holst in dieser Woche im Amtsrat, wo der Venstre-Mann aber auch feststellte, dass der Kontakt zu Heide Simonis gepflegt werde – u.a. nach dem Rapport der Erichsen-Kommission (wie gestern berichtet) – und man treffe sich ein- bis zweimal im Jahr. „Aber“, so Holst, „mit Betonung auf einmal!“

Danfosschef Jørgen Mads Clausen im Januar in Sankelmark: „Wir orientieren uns weg voneinander. Stehen mit dem Rücken zueinander. Es geht nur darum, dass wir uns umdrehen und einander zuwenden! Da kann viel getan werden – wird es aber nicht.“

Der Nordschleswiger, 9.5.2003

Holst bangt um Sønderjylland/Schleswig

Deutsche Finanznöte würden Regionalszusammenarbeit hemmen. Die nächsten

beiden Jahre für Schicksal entscheidend

Amtsbürgermeister Carl Holst (Venstre) macht sich Sorgen um die künftige Arbeit in der Region Sønderjylland/Schleswig. Binnen der nächsten beiden Jahre werde sich zeigen, ob sie Bestand hat – oder zerbricht, so Holst im Radio-Syd-Programm „Grænseland“ heute Abend. Es seien deutsche Finanznöte, die eine Zusammenarbeit nahezu unmöglich machten, stellte der Amtsbürgermeister fest. Angesichts dessen mache er sich wirklich große Sorgen um die Zukunft der Kooperation. Dabei – auch das betonte Holst – sei man auf beiden Seiten zur Zusammenarbeit durchaus bereit: „Wir brauchen nur etwas, wobei wir kooperieren können. Das haben wir zur Zeit nicht!“

Seine persönlichen Kontakte zu den deutschen Partnern seien bei allen Mentalitätsunterschieden gut: „Wir hegen gegenseitigen Respekt füreinander – obwohl wir verschieden sind!“, stellte Holst fest. Als problematisch bezeichnet er, dass die Bevölkerung keine Ahnung von der Arbeit des Regionalrats habe.

Der Nordschleswiger, 6.5.2003.

Otto Normalbürger muss wissen, was er von der Region Schleswig/Sønderjylland hat

Mit Besorgnis sieht der Amtsbürgermeister des Amtes Sønderjylland die Entwicklung der weiteren Zusammenarbeit in der gemeinsamen Region. Finanzmangel und politische Unbeweglichkeit gelten als zwei Hauptursachen in der Beurteilung auf dänischer Seite. Und, so die Forderung von Holst im Gespräch mit unserer Zeitung, der Bürger müsse spüren, wie ihm die Kooperation in der Region nützt.

Herr Holst, im dänischen Rundfunk haben Sie Ihre Unzufriedenheit mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Was kritisieren Sie konkret?

Holst: Dass ich total unzufrieden wäre, ist ein Missverständnis. Was ich überbringen will, ist Folgendes: In den letzten fünf Jahren ist grenzüberschreitend mehr passiert als in den 15 Jahren davor. Ich mache mir Sorgen darüber, ob diese Kurve weitersteigen kann. Ich befürchte, dass sich die positive Entwicklung nicht so ohne weiteres fortsetzt. Und schon Stillstand ist ja bekanntlich Rückschritt.

Worauf gründen sich Ihre Bedenken?

Holst: Es gibt mehrere Auslöser auf unterschiedlichen Ebenen. Erstens: Die offensichtlich angespannte Finanzlage unserer deutschen Partner bereitet ihnen Schwierigkeiten, die nötigen Finanzmittel für gemeinsame Projekte aufzubringen. Zweitens: Die Regierung in Kopenhagen widmet ihre ganze Aufmerksamkeit der Zusammenarbeit in der Öresund-Region mit Schweden, aber nicht in der deutsch-

dänischen Grenzregion. Auslöser drei meiner Besorgnis ist der völlig unterschiedliche Zuschnitt der Gebietskörperschaften nördlich und südlich der Grenze.

Flensburg und die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland tun sich also zu schwer, einen gemeinsamen Willen für die Partnerschaft mit Sønderjylland zu entwickeln?

Holst: Ich will mich nicht zum Richter über andere aufspielen. Ich stelle schlicht und einfach die Diagnose, dass es südlich der Grenze drei Einheiten und nördlich der Grenze eine Einheit gibt. Das ist rein verwaltungsmäßig gesehen hemmend für die Zusammenarbeit.

Sind die Politiker in Husum gegenüber Dänemark aufgeschlossener als in Schleswig oder Flensburg? Das Amt Sønderjylland initiiert zum Beispiel das Wirtschafts- Projekt „Regnet“ für einen engeren Kontakt zwischen Unternehmen nördlich und südlich der Grenze nur mit Nordfriesland.

Holst: Ich möchte da nicht differenzieren. Wichtig wäre, Flensburg und Schleswig-Flensburg auch in das Regnet einzubeziehen.

Was genau muss geschehen, damit die Erfolgskurve weiter steigt?

Holst: Die Kooperation funktioniert nur, wenn Otto Normalbürger vermittelt wird, was er davon hat. Ein Beispiel: Als damaliger Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Amtes Sønderjylland habe ich die Behandlung dänischer Brustkrebs-Patienten im Flensburger St.-Franziskus-Hospital mit aus der Taufe gehoben. Die hitzige, sehr negative Debatte um die Bildung einer Region Sønderjylland/Schleswig auf dänischer Seite war damals gerade acht Monate her. Deshalb musste ich eigentlich befürchten, dass die Leute zur Krankenhaus-Kooperation sagen würden: Ihr habt sie ja nicht alle. Tatsächlich aber sagten die Leute „Dankeschön“. Später beim grenzüberschreitenden Rettungstransport Bau-Flensburg und Tondern-Hoyer-Niebuß und bei der gerade auf den Weg gebrachten Filiale der Klinik Damp in Tondern war es genauso.

Deshalb benötigen wir jetzt zügig eine Beratungsstelle für Grenzpendler. Dort können die Menschen konkret erfahren, welche Vorteile ihnen die enge Nachbarschaft zu einem anderen Land bietet. Zudem sehe ich die Politik in der Pflicht, engere Kontakte zwischen den Einrichtungen der Wirtschaft zu schaffen und ein gemeinsames Marketing für unsere Region in Dänemark wie Deutschland zu etablieren.

Was für ein Wahnsinn, dass aus Sønderjylland vier Kommunen einzeln für sich in den Standort-Wettbewerb um ein neues BMW-Werk gegangen sind. Wäre die Fabrik nach Flensburg gekommen, wäre das ja auch von Vorteil für Sønderjylland gewesen. Erkenntnis: Was gut für den Nachbarn ist, ist auch gut für einen selbst. *Verbinden Sie Ihre Forderungen mit dem Appell an die klamme deutsche Seite, mehr Geld für grenzüberschreitende Projekte zur Verfügung zu stellen?*

Holst: Auf jeden Fall möchte ich dazu auffordern, klar zu definieren, welche Projekte Unterstützung verdienen, um Visionen umzusetzen.

Das Amt Sønderjylland wird aller Voraussicht nach in einer bis zu viermal so großen Region aufgehen, wenn dänische Pläne für eine Kommunalreform Wirklichkeit werden. Was wird dann aus der Struktur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit?

Holst: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass diese neue Gebietskörperschaft in die Zusammenarbeit einsteigt. Das Bewusstsein für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in einer größeren Region zusammen mit Esbjerg, Kolding, Vejle wird auch davon abhängen, was wir jetzt leisten. Wir müssen jetzt tüchtig sein.

Und wo bleibt die Mitwirkung der deutschen Minderheit in Sønderjylland in einer so großen Region?

Holst: Ich weiß nicht, wie diese Sache ausgehen wird. Aber ich bin mir sehr bewusst, dass die deutsche Minderheit ein Teil der Identität Sønderjyllands ist. Ein fester Beobachter, ein Kontaktausschuss, eine Befreiung von der Sperrklausel bei Amtratswahlen – das sind alles denkbare Möglichkeiten, um die Minderheit einzubeziehen.

Es ist fast zwei Jahre her, dass Sie mit Ministerpräsidentin Heide Simonis auf den Ochseninseln ein Partnerschaftsabkommen zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjylland unterzeichnet haben. Warum ist daraus bis heute kein einziges Projekt erwachsen?

Holst: In dem Abkommen steht, dass wir einen engen Dialog unterhalten. Und das tun wir. Ohne das Abkommen hätte ich mich vielleicht gar nicht getraut, gegenüber Heide Simonis die Bedenken Sønderjyllands gegen den geplanten Wechsel der deutsch-dänischen Studiengänge von der Flensburger Uni zur Flensburger Fachhochschule geltend zu machen. Und ich denke, wegen des Partnerschaftsabkommens hat Heide Simonis auch hingehört. Politik ist nicht nur große Worte machen und rote Bänder durchschneiden. Politik ist auch stilles Handwerk.

Frank Jung, in: Flensburger Tageblatt, 5.6.03